

SIT 87

Sozialarbeit in Tirol

Informationsblatt für Mitglieder des
obds – Landesgruppe Tirol

obds – Landesgruppe Tirol
6010 Innsbruck, Postfach 219

tirol@sozialarbeit.at

www.tirol-sozialarbeit.at

DVR Nr. 16721

ZVR Nr. 613283641

Dieses **SIT**

geht an

Österreichische Post AG – Info.Mail Entgelt bezahlt

Schwerpunkt

Kritische Sozialarbeit

Inhalt SIT 87

Vorwort	2
<i>Marco Uhl</i>	2
Der neue Vorstand stellt sich vor	1
<i>Obds – Landesgruppe Tirol</i>	1
Unabhängiges Forum kritische Soziale Arbeit	4
<i>Mechthild Seithe</i>	4
dietermiten	9
<i>Plattform für kritische Sozialarbeit in Tirol</i>	9
„Kritische Soziale Arbeit“?	11
<i>Kevin Brown</i>	11
Initiierende SozialarbeiterInnen in Innsbruck – oder: Ein „unternehmerisches“ Element Sozialer Arbeit?	15
<i>Erika Mischitz</i>	15
Hier ist berufspolitisches Engagement gefragt!	0
<i>Theresa Hutter</i>	0
Gemeinsam stark machen - SOS Mitmensch & kritische Sozialarbeit	21
<i>Bernhard Spindler</i>	21
Kein Ende der Diskriminierung	26
<i>FLUCHTpunkt</i>	26
Fanarbeit Innsbruck – Sozialarbeit mit Fußballfans	28
<i>Armin Weber</i>	28

Hinweis der Redaktion:

Für die namentlich gekennzeichneten Beiträge sind die AutorInnen verantwortlich. Diese Beiträge decken sich nicht unbedingt mit der Meinung des obds – Landesgruppe Tirol.

Impressum

SIT – Sozialarbeit in Tirol

Mitteilungsblatt des obds – Landesgruppe Tirol

Medieninhaber, Herausgeber, Redaktion:

Obds – Landesgruppe Tirol

6010 Innsbruck, Postfach 219

Druck: ARTIS Betriebe

SIT-Abo für Nicht-Mitglieder

Interessierte Institutionen bzw. Einzelpersonen können ein SIT-Abo (2 Ausgaben pro Jahr inkl. Porto) zu sozialarbeiterisch relevanten Themen zum Preis von 15,- Euro abonnieren.

Weitere Informationen oder Bestellungen unter:

www.tirol-sozialarbeit.at

tirol@sozialarbeit.at

Preise für Einschaltungen im SIT

Stelleninserate und Ankündigungen von Fortbildungs- und Ausbildungsveranstaltungen, Seminare:

1/1 Seite Euro 73,-

1/2 Seite Euro 37,-

1/4 Seite Euro 19,-

1/8 Seite Euro 10,-

Werbeeinschaltungen:

1/1 Seite Euro 146,-

Vorwort

Marco Uhl

Liebe LeserInnen!

Die vorliegende Ausgabe widmet sich dem Thema „Kritische Sozialarbeit“. Bei der Wahl dieses Themas ergaben sich im Vorfeld viele Diskussionen über Fragen wie: „Ist *Kritische Sozialarbeit* ein Eigenname, eine Marke?“, „ist Sozialarbeit von sich aus schon kritisch, also muss man überhaupt das Wort kritisch hinzufügen?“, „sind SozialarbeiterInnen berufsbedingt kritisch und gegenüber wem sind sie kritisch?“. Bei der Anfrage an die AutorInnen vermieden wir, den Begriff näher zu definieren und erhofften uns dadurch ein breites Spektrum an Interpretationen.

Verschiedene Antworten kommen von VertreterInnen aus Praxis, Lehre und Forschung, sowie von tiroler Einrichtungen, österreichweiten Organisationen und Initiativen aus dem benachbarten Ausland.

Soziologisch bedeutet das Wort kritisch, der „kritischen Theorie“ folgend, eine ideologische Auseinandersetzung mit der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Die Kritik ist eine überprüfende Beurteilung **und** deren Äußerung, also ein Instrument um Probleme reaktiv und präventiv zu lösen.

Gerade rechtzeitig vor Weihnachten halten Sie dieses Exemplar in Händen und bekommen einen guten Überblick über aktuelle Themen, die einer kritischen Beurteilung bedürfen. Renommiertere Personen der Sozialarbeit stellen ihre Positionen durchaus (selbst)kritisch in den Raum und motivieren zu gelebter Kritik.

**Protest lebt von aktiver
Beteiligung und nicht von
stiller Zustimmung.**



**Klingt
komisch
ist aber so.**

Im Speziellen möchte ich noch auf den Artikel „Fansozialarbeit“ auf Seite X hinweisen, welcher aus Platzgründen in der letzten SIT keinen Platz fand.

Und als Anregung für ein kleines Weihnachtsgeschenk finden Sie auf der letzten Seite eine Kurzbeschreibung des „Kritischen Kalenders“. Könnte passender nicht sein!

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Marco Uhl

Obmann – obds Landesgruppe Tirol

Der neue Vorstand stellt sich vor

Obds – Landesgruppe Tirol

Bei der ordentlichen Generalversammlung am wurde der neue Vorstand für die Funktionsperiode von 2 Jahren gewählt. Bevor sich dieser vorstellt, möchten wir uns herzlich bei den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern Magdalena Melcher, Myriam Antinori, Eva-Maria Hübner, Andrea Kneidinger und Theresa Hutter bedanken.

Obmann (wiedergewählt)

Mag. (FH) Marco Uhl

37 Jahre alt

Projektleiter und Koordinator bei „NETZ“,
Ambulant betreutes Wohnen & Sozialpädagogische Intensivbetreuung.

Studium Soziale Arbeit am MCI Innsbruck, Abschluß 2007.

Sozialpädagogischer Intensivbetreuer für das JIP (Jugendintensivprogramm) 2003 und 2008.



Obmann Stellvertreter (vorher Beirat)

Mag.(FH) Wohlfarter Jakob

31 Jahre alt

Jugendwohlfahrtssozialarbeiter in Schwaz

MCI - Studiengang Soziale Arbeit, Abschluss 2008.



Kassierin

Mag.a (FH) Stefanie Reinthaler

29 Jahre alt

Jugendwohlfahrtssozialarbeiterin im Stadtmagistrat Innsbruck, ab Jänner 2013 Schulsozialarbeiterin in Innsbruck

Studium Soziale Arbeit in Innsbruck, 2009 abgeschlossen.

Ausbildung zur Sozialpädagogin in Stams 2004 beendet.





Beirätin und SIT Arbeitsteam

Stefanie Marte, MA

26 Jahre alt

Landeskrankenhaus Hochzirl, Innere Medizin, Sozialberatung seit 2010

Bachelorstudiengang "Soziale Arbeit" 2007-2010 am MCI in Innsbruck

Masterstudiengang "Soziale Arbeit, Sozialpolitik & -management" 2010-2012 am MCI in Innsbruck



Beirätin und Mitgliederverwaltung

Mag.(FH) Anna Storf

27 Jahre alt

Via Produktionsschule, ibis acam

MCI Soziale Arbeit, Abschluss 2007,

Gemeinsam möchten wir die Interessen unserer Mitglieder vertreten und einen sozialpolitischen Auftrag erfüllen. In Zusammenarbeit mit den Landesgruppen und dem Dachverband

Unabhängiges Forum kritische Soziale Arbeit

Was verstehen wir unter "kritischer Sozialarbeit" und wie setzen wir diesen Anspruch um?

Mechthild Seithe

Positionsbestimmung

Aus unserer Sicht ist es an der Zeit, dass sich Soziale Arbeit zu einer eigenständigen, wissenschaftlich orientierten und fachlich autonomen Disziplin und Profession entwickelt und für sich beansprucht, die Aufgabe der Unterstützung bei der Lebensbewältigung aus ihrer eigenen wissenschaftlichen Erkenntnis heraus zu leisten. Soziale Arbeit ist als Disziplin und Profession den Rechten und der Würde des Menschen, sowie einer kritischen Auseinandersetzung mit den sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen, den menschlichen Beziehungen, Problemlagen und den menschlichen Potenzialen, der Potenzialentfaltung und -förderung verpflichtet.

Die gegenwärtigen Zumutungen, die an die Soziale Arbeit vornehmlich durch die Ökonomisierung und die Ideologie der neoliberalen Politik herangetragen und/oder aufgezwungen werden, bedrohen das Recht, das Mandat unserer Klientel im Sinne einer parteilichen, von den Interessen der Menschen ausgehenden Profession, auszuüben, sowie das Recht, Soziale Arbeit im Sinne einer Profession nach wissenschaftlichen und fachlichen Kriterien von Qualität und Wirksamkeit zu praktizieren. Hierfür, so unsere Forderung, sind die Finanzmittel, entsprechend der gesetzlich verabschiedeten Vereinbarungen, Leitlinien, Aktionspläne, sowie wissenschaftlichen Expertisen, bereitzustellen.

Das Unabhängige Forum versteht sich als „kritische Soziale Arbeit“ in der Tradition mit der kritischen Theorie. Wichtig ist für uns die Reflexion

der bestehenden Machtverhältnisse und der üblichen Produktionsbedingungen Sozialer Arbeit in Theorie und Praxis. Dies ist für uns nicht nur eine theoretische Position. Vielmehr gibt es das massenhafte Erfahren neoliberaler Strukturen, die professionelle Sozialarbeitende mehr oder weniger offen dazu zwingen, Soziale Arbeit nicht mehr in den Dienst von Menschen zu stellen, sondern sie dazu zu nutzen, Menschen in den Dienst des Systems zu stellen. Das heißt, es gibt ganz konkrete, praktische, erlebbare Erfahrungen der Prekarisierung, der Deprofessionalisierung und Standardisierung bei fast allen praktizierenden Sozialarbeitenden.

Arbeitskreise kritischer Sozialer Arbeit gab es schon Anfang der 70er Jahre in Deutschland. Heute erlebt die kritische Soziale Arbeit unseres Erachtens nach in gewissem Sinne ein böses Wiedererwachen, denn es gibt im Unterschied zu den Zeiten des Sozialstaates der 70er und 80er Jahre tatsächlich kein Gegenüber mehr, mit dem man sich auseinandersetzen kann, gegen das man polemisieren könnte. Heute ist die Soziale Arbeit – insbesondere die Praxis - eingebunden und eingewickelt in die neoliberalen Verhältnisse und einen Kapitalismus, der aus dem Scheitern des Sozialismus und der technologischen Globalisierung entstanden ist und nicht umsonst als „entfesselter“ Kapitalismus bezeichnet wird. Heute geht es uns wirklich auch als Profession ernsthaft an den Kragen. Die Lage der Menschen und die Lage unserer Profession haben sich dramatisch verändert und vielfach verschlechtert. Und die Machtverhältnisse sind inzwischen noch nicht

einmal mehr diskutabel, da angeblich alternativlos.

Wen wollen wir erreichen, wen erreichen wir?

Wir wollen zunächst unsere KollegInnen in der Praxis aber auch die Studierenden der Sozialen Arbeit und die WissenschaftlerInnen und Lehrenden unserer Profession erreichen. Dabei wird als Anknüpfungspunkt vorausgesetzt, dass die Betroffenen den bestehenden Verhältnissen in der Sozialen Arbeit und der Gesellschaft kritisch gegenüberstehen. Das heißt aber nicht, dass wir nur solche Leute ansprechen wollen, die bereits explizit kritische und bewusst politische Positionen vertreten. Wir sprechen genauso diejenigen an, die zunächst nur an ihren schlechten Arbeitsbedingungen, ihrer miesen Bezahlung oder auch an der Tatsache Anstoß nehmen, dass sie für eine gute Soziale Arbeit nicht die notwendigen Voraussetzungen zur Verfügung gestellt bekommen (z. B. die notwendigen Zeitressourcen) – nach dem Motto: „Wenn ihr keine Lust mehr habt, die prekären Bedingungen an eurem Arbeitsplatz zu schlucken, wenn ihr es satt habt, Soziale Arbeit so auszuführen, wie das Verwaltung und neoliberale Politik vorgeben, wenn ihr mehr für eure KlientInnen tun wollt und der Meinung seid, dass in unserer Gesellschaft vieles nicht so läuft, wie es Menschen brauchen...“.

Im Unabhängigen Forum gibt es viele Leute, die sich (noch) nicht als kritisch im Sinne der kritischen Theorie bezeichnen würden. Der Ansatz zur Kritik liegt für sie zunächst bei den Erfahrungen, die jeder selbst macht und die dem eigenen Selbstwertgefühl, dem humanistischen Menschenbild, der eigenen Würde, den Ansprüchen auf gerechte Entlohnung etc. widersprechen. Viele merken selber, wie schnell sie bei der Kritik

dieser Erscheinungsformen in der Sozialen Arbeit zu den Hintergründen vorstoßen und sich dann auch mit dem System und dessen Interessen auseinandersetzen müssen. Aber das wird nicht vorausgesetzt, das muss sich entwickeln. Bei vielen tut es das, manche bleiben bei ihrer konkreten Kritik an Vorgehensweisen und Praktiken. Die Entwicklung von politischem Bewusstsein, von Reflexivität, von politischem und gesellschaftswissenschaftlichem Hintergrundwissen ist eine Sache, die im Verlaufe von kritischen und politischen gemeinsamen Aktionen entstehen kann und oft entsteht. Darum bemühen wir uns durch unsere Aktionen und Texte.

Hintergrund und Gründungsanlass des Unabhängigen Forums

Vorangegangen ist der Gründung des Unabhängigen Forums kritische Soziale Arbeit im September 2011 eine Fachtagung in Berlin (16. Juni 2011) mit dem Titel „aufstehen – widersprechen – einmischen“. Immer wieder ging es auf dieser Tagung um die Organisationsfrage. Heftig kritisiert wurde die gegenwärtige Zersplitterung und Unübersichtlichkeit der sozialarbeiterischen und gewerkschaftlichen Organisationen und die damit verbundene Wirkungslosigkeit, Orientierungslosigkeit und die Zerrissenheit der beruflichen Identität. Soziale Arbeit entfaltet eine völlig andere Kraft, wenn sie gemeinsam, wie mit *einer* Stimme spricht. Wir brauchen, so die Meinung der TagungsteilnehmerInnen, ein organisatorisches gemeinsames Dach, so etwas wie ein solidarisches Bündnis Soziale Arbeit, dass die Soziale Arbeit über Regionen und Bundesländer, über Arbeitsfelder und Träger hinaus zusammenbringt und das Gemeinsame, die Profession nach innen und außen ins Zentrum stellt.

Dies war die Vision, die bei der Gründung des Unabhängigen Forums kritische Soziale Arbeit im Hintergrund stand und als Auftrag verstanden wurde. Die GründerInnen stellten sich der Aufgabe, die Zersplitterung der sozialarbeiterischen Organisationen und Vertretungen ohne Konkurrenz und Kämpfe, unter einen Hut zu bekommen.

Ziele und Aufgaben

Das im September 2011 gegründete **Unabhängige Forum kritische Soziale Arbeit** hat sich zum Ziel gesetzt, kritische KollegInnen miteinander zu vernetzen, Unterstützung und Informationen zu politischen Aktionen zu geben und für schwierige Situationen in der Praxis gemeinsame Ideen, Lösungen und Aktionen zu entwickeln.

Durch eine offensive Öffentlichkeitsarbeit will es möglichst viele KollegInnen, aber auch die breite Öffentlichkeit über die gegenwärtigen Entwicklungen im sozialen Bereich informieren und aufklären und sich einmischen, wo immer das Forum es für wichtig hält.

Anliegen sind sowohl berufs- und arbeitspolitische Verbesserungen, als ebenso die ethischen und politischen Prinzipien der parteilichen Sozialen Arbeit für eine gerechte Teilhabe und Zugangschancen zu Bildung, Gesundheit und Arbeit aller Menschen.

Das *Unabhängige Forum kritische Soziale Arbeit* wehrt sich gegen die Zumutungen in sozialen Bereichen und versucht, Strategien zu entwickeln, wie sich die Profession erfolgreich zur Wehr setzen kann. Gegen die Vereinnahmung und Indienstnahme der Sozialen Arbeit durch politische oder staatliche Interessen, welche Menschen benachteiligen und ausgrenzen oder Stillschweigen gegen Missstände dulden oder anordnen, sowie

die Nichteinbeziehung gesellschaftlicher Hintergründe oder eine Nichtachtung von Partizipationsrechten der Betroffenen, verwehren wir uns energisch.

Im Rahmen unserer Projekte und Aktionen versuchen wir, die Ziele unseres Forums umzusetzen und unsere Positionen deutlich zu machen.

Blog

Es geht uns darum, einen virtuellen Raum zur Verfügung zu stellen, der allen kritischen Gruppen und KollegInnen aus Praxis, Wissenschaft und Studium die Möglichkeit bietet,

- sich über Initiativen, Veranstaltungen, Diskussionsthemen und Aktionen innerhalb der kritischen Szene der Sozialen Arbeit zu informieren,
- sich auszutauschen,
- ihre eigenen Erfahrungen und Themen zur Diskussion zu stellen,
- sich zu vernetzen und Bündnisse zu schließen.

Entsprechend sind auch die Ziele unserer anderen Öffentlichkeitsmedien, wie Facebook und Newsletter.

Projekt in Arbeit: „Tagebuch Soziale Arbeit“

Wir planen die Herausgabe eines Bandes mit anonymisierten, konkreten und kritischen Schilderungen aus dem Sozialarbeiteralltag 2012. Es geht darum, die Situation unserer Profession deutlich zu machen. Bislang liegen ca. 50 „Tagebucheintragungen“ vor. SozialarbeiterInnen können weiterhin ihre Tagebuchnotizen an info@einmischen.com schicken.

Buch: „Zukunftswerkstatt Soziale Arbeit“

Das Buch ist als eine Art "Mutmacher-Handbuch" gemeint für alle kritischen SozialarbeiterInnen die nicht mehr schweigen und dulden wollen. Es gibt dort Denkanstöße, viele Ideen für Aktionen und Projekte aber auch Analysen und Erklärungen. Dieser Band enthält zum einen die wichtigsten Eindrücke, Vorträge und Ergebnisse der Tagung im Juni 2011 (*aufstehen, widersprechen, einmischen*), darüber hinaus aber weitere Beiträge und Informationen, die in die Zukunft weisen: Was wird und was soll aus der Sozialen Arbeit werden? Kerntext ist ein virtuelles Gespräch zu diesen Fragen (Cyber-Café) zwischen den Workshop-LeiterInnen und den VeranstalterInnen der Tagung im Juni 2011.

Aktionstag Soziale Arbeit am 19.10.2012

Der **Aktionstag Soziale Arbeit** in Berlin („Erste Vollversammlung aller SozialarbeiterInnen der Stadt“) war ein großer Erfolg. Es kamen nach Polizeiangaben ca. 1.000 Leute auf den Alexanderplatz. Es gab viele Kontakte mit Passanten und es machte allen einen Riesenspaß zu sehen, wie lebendig, wie ideenreich, wie mutig und wie stark wie sein können.

Die Presse hat unsere Aktion leider - mit einer Ausnahme - verschwiegen. Wir werden das nicht dulden und natürlich weitermachen!

Geplant: Internationaler Tag der Sozialen Arbeit (19.3. 2013)

Dieser Tag wird bisher in Deutschland kaum gefeiert. Wir wollen versuchen, ihn auch in unserem Lande zusammen mit unseren Bündnispartnern in möglichst vielen Städten populär zu machen und wollen ihn nutzen, um weiter über die Soziale Arbeit, ihre Aufgaben und Kompetenzen zu infor-

mieren, aber vor allem um unsere Kritik und unsere Forderungen laut zu verkünden und über die höchst problematischen bestehenden Verhältnissen in der Sozialen Arbeit und der Gesellschaft insgesamt aufzuklären.

Bündnisse und Bündnispartner

Es ist ein wichtiges Anliegen des Forums, Organisationen, Gewerkschaften, Verbände, Initiativen und einzelne SozialarbeiterInnen und Interessierte aus dem sozialen Bereich zusammenzuführen und gemeinsam die Anliegen der Profession zu vertreten.

Heute hat das Forum Kontakte zu verschiedenen AKS Gruppen, zur KRISO in Wien, zum DBSH und zu den Berufsverbänden in Österreich und der Schweiz. Wir arbeiten mit GEW und Verdi auf lokaler und überregionaler Ebene zusammen, aber auch mit vielen eher informellen Gruppen und Verbindungen wie z.B. das „Bremer Bündnis“ oder das „Bündnis für Kinder- und Jugendhilfe – für Professionalität und Parteilichkeit“. Es handelt sich aber derzeit noch um eher personengebundene Kontakte und noch nicht um flächendeckende systematisch entwickelte Beziehungen.

Der Weg zu einem Bündnis, davon geht das Forum aus, geht über Vernetzung und das voneinander Wissen ist die Voraussetzung für Kooperation und Vernetzung. Es ist deshalb wichtig, Informationen auszutauschen und Themen, Problemlagen, Veranstaltungen, Initiativen usw. im Netz für alle bekannt zu geben. Dies bezieht sich auf Organisationen allgemein und auf die Bereiche und die spezifischen Arbeitsfelder der freien und öffentlichen Träger in den jeweiligen Regionen.

Im Internet existieren Plattformen und Blogs aus dem Bereich Soziale Arbeit bisher eher unverbunden nebeneinander her. Für eine effektive Vernetzung und Übersicht ist eine gemeinsame Plattform wichtig. Dem Wunsch und der Erkenntnis der Berliner Arbeitstagung kritische Soziale Arbeit folgend, wurde die Internetseite www.einmischen.com eingerichtet.

Das Unabhängige Forum führt in größeren Abständen in Berlin Vernetzungstreffen durch und ergreift die Initiative zu zentralen, auch überregionalen Veranstaltungen.

Bei allen Diskussionen und der Verständigung miteinander zu aktuellen Themen und Entwicklungen stehen immer die gemeinsamen Interessen, nicht die Abgrenzung und Profilierung einzelner Gruppierungen, im Vordergrund. Es ging und geht darum, einen Weg zu finden, wie wir langfristig in einem gemeinsamen Bündnis unsere Profession unüberhörbar vertreten und uns wirkungsvoll einmischen können.

Organisation und Kooperation des Forums

Das Unabhängige Forum kritische Soziale Arbeit versteht sich basisdemokratisch. Bisläng gibt es noch keinerlei Vereinsstrukturen, keine Mitgliedsbeiträge und keine Satzung. Ob das auf Dauer so funktionieren wird, hängt vermutlich von der Anzahl der aktiven TeilnehmerInnen ab. Aus der kleinen Initiative um die beiden Gründungspersonen herum ist inzwischen eine Gruppe von ca. 50

Leuten entstanden, die sich aktiv an Aktionen beteiligen und feste Aufgaben im Rahmen der Forumsarbeit übernommen haben.

Derzeit finden Entscheidungsprozesse in Arbeitsgruppen statt. Was dort nicht für das ganze Forum entschieden werden kann, wird von der Gruppe der SprecherInnen aus den verschiedenen Arbeitsgruppen bearbeitet und dort dann letztlich entschieden.

Räumliche Zuständigkeit

Wir verstehen uns als Vernetzungsdach aber auch als Forum mit inhaltlichen Vorstellungen und Ansprüchen für eine kritische Soziale Arbeit. Die aktiven des UFO sind in Berlin und Umgebung angesiedelt. Deshalb finden praktische Aktionen in Berlin statt.

Die Vernetzung, der Austausch und die Diskussionen über relevante Fragen aktueller Sozialer Arbeit und ihrer politischen Rahmenbedingungen finden – u.a. im Blog und auf der Face-Book-Seite überregional statt.

Mechthild Seithe

Prof. Dr. phil., Dipl. Psychologin,

Dipl. Sozialarbeiterin

Initiatorin des Unabhängigen Forums

kritische Soziale Arbeit

Autorin des "Schwarzbuch Soziale Arbeit"

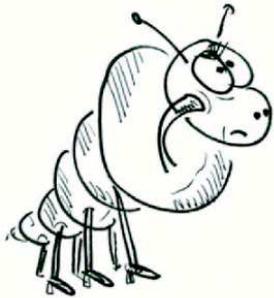
www.einmischen.com

www.zukunftswerkstatt-soziale-arbeit.de

dietermiten

Plattform für kritische Sozialarbeit in Tirol

In der Sozialen Arbeit sind gegenwärtig problematische Entwicklungen zu beobachten. Neoliberalistische Tendenzen und eine zunehmende Öko-



nomisierung bedeuten eine Verknappung der finanziellen und personellen Ressourcen für Soziale Arbeit, sowie eine Verweigerung deren gesellschaftlicher Anerkennung bis

hin zu einer wahrnehmbaren Entsolidarisierung in der Gesellschaft. „die termiten“ wollen sich den neoliberalistischen Zumutungen, denen unsere Profession und vor allem unser Klientel ausgesetzt sind, entgegen stellen. Wir wollen aktiv sein und kritische Diskussionen initiieren, Veranstaltungen organisieren, Publikationen fördern und uns mit anderen kritischen Gruppen und KollegInnen aus Praxis, Wissenschaft und Ausbildung vernetzen.

Schwerpunkt „Wohnen“ bis Sommer 2013

Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe soll es den Raum geben dieses Thema aus unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten und zu diskutieren. Bei „kleinen“ Veranstaltungen zu speziellen Aspekten des Themas „Wohnen“ gibt es jeweils kurze Inputs mit anschließender Gelegenheit für Diskussion und Austausch – im besten Fall entsteht daraus bereits die Idee für eine weitere „kleine“ Veranstaltung.

Bei einer Abschlussveranstaltung sollen die Ergebnisse der einzelnen Veranstaltungen zusammenfließen.

„Housing First“

Start der Veranstaltungsreihe zum Thema „Wohnen“, 8. November 2012



Es gab einen Input von Erika Mischitz, die dazu eine Bachelorarbeit am MCI Innsbruck verfasst hat. „Housing First“ wird definiert als ein Programm, mit dem Wohnungslose direkten Zugang zu günstigen und dauerhaftem Wohnraum – mit eigenem Mietvertrag – erhalten, ohne dass eine vorherige Erlangung von „Wohnfähigkeit“ zur Bedingung gemacht wird. Das Angebot von Persönlichen Hilfen, Beratung und Betreuung muss ausreichend zur Verfügung stehen, die Inanspruchnahme ist jedenfalls freiwillig.

Wie erwartet wurde das Konzept von den zahlreich erschienenen TeilnehmerInnen durchaus kontroversiell diskutiert. Mehr Informationen zum Konzept und zur Veranstaltung werden demnächst auf www.dietermiten.at zu finden sein.

mehr Info → www.dietermiten.at

Infos erhalten → kontakt@dietermiten.at

„Kritische Soziale Arbeit“?

Kevin Brown

Ich wurde eingeladen um über 'kritische Soziale Arbeit' zu schreiben, als ob 'kritische Soziale Arbeit' etwas anderes als 'normale' oder 'mainstream' Soziale Arbeit des 21. Jahrhunderts ist. Deshalb bin ich nicht begeistert – in der Tat – ich bin empört! Warum? Weil kritische Soziale Arbeit echte Soziale Arbeit ist. Was für eine Art Soziale Arbeit sich hinter der Praxis vieler Tiroler sozialarbeiterischen Einrichtungen verbirgt, ist andererseits eine Schande! Es ist Zeit für sozialen Wandel.

Soziale Probleme – die Gegenstände der sozialen Arbeit

Unsere Gesellschaft ist durchschossen und infiziert von vielfältigen Symptomen der sozialen Probleme. In den letzten Wochen hätten wir in der Tiroler Tageszeitung (TT), die wohl kaum ein notorisches revolutionäres Blatt ist, viel über soziale Probleme lesen können, nämlich:

- a. *Armut*. Etwa 17% der österreichischen Bevölkerung sind armuts- und ausgrenzunggefährdete Personen; fast 11% (ca. 855.000 Leute) sind "manifest" arm. (TT, 20.11.12). Das heißt, eine Person von sechs ist gefährdet und eine von neun ist grundsätzlich von Armut betroffen. Wie wir schon wissen, sind Kinder besonders von Armut überrepräsentiert. Trotz der internationalen Bestimmung der 1980er, wo beschlossen wurde Kinderarmut bis 2000 zu beenden, haben wir 2012 nicht weniger Kinderarmut als vor 30 Jahren. Des Weiteren ist Armut, wie wir auch schon
- b. *Gewalt gegen ältere Leute*. 'Bis zu 30% der älteren Menschen sind psychischer und physischer Gewalt ausgesetzt.' (TT, 18.11.12). Wie wir unsere alten Leute (sowie die PflegerInnen, die vorwiegend Frauen sind) behandeln, zeigt uns, was für unsere Gesellschaft als wichtig und wertvoll angesehen wird (unabhängige ökonomische Tätigkeit anstatt soziale oder 'finanzielle Belastung').
- c. *Gewalt gegen Frauen*. Physische, sexuelle und psychische Gewalt gegen Frauen – fast immer häusliche Gewalt – ist weit verbreitet. 'Jede zweite Frau Opfer von Gewalt'; 'schockierende Gewalt in Familien'; 'jede dritte Frau hat sexuelle Belastung bereits persönlich erlebt.' (TT, 29.11.12).
- d. *Sexismus und Rassismus (inkl. Antisemitismus)*. Fast jeden Tag erfahren wir Beispiele, die uns zeigen, dass die EU-Antidiskriminierungsgesetze nicht ernst genommen werden. Österreich beispielsweise, ist fast am europäischen Tabellenschluss bezüglich des großen Lohngefälles, sowie der Verteilung leitender Rollen in Firmen, zwischen Männern und Frauen. Laut Amnesty International sei das Justizsystem in Österreich vom institutionellen Rassismus geprägt.
- e. *Arbeitsbedingte Krankheiten*. Vor ein paar Monaten hat die TT berichtet, dass eine/r von drei ArbeiternehmerInnen in Österreich an arbeitsbedingten physischen bzw. psychischen Krankheiten leidet. Eine/r von vier ArbeiternehmerInnen begeben sich deshalb in

ärztliche Behandlung. Die meist bekannten Probleme sind Stress, Mobbing, Erschöpfung und Entkräftung, sowie körperliche Symptome der geistigen Probleme.

- f. *Diskriminierung gegen Menschen mit Behinderungen, homosexuelle Leute, usw.* Seit dem Erscheinen des Lernmaterials für LehrerInnen („Ganz schön intim“), erfahren wir die übliche diskriminierenden Reaktionen gegen homosexuelle Beziehungen und ‚Patchworkfamilien‘ von der ÖVP, FPÖ, BZÖ, und der katholischen Kirche (TT, 29.11.12). Selbst wenn Österreich die EU-Antidiskriminierungsgesetze umgesetzt hat, ist deren Interpretation sehr individualistisch anstatt sozialistisch. Das bedeutet, dass es am ehesten individuelle Gerechtigkeit gibt; also keine soziale Gerechtigkeit. Ein Beispiel dafür: wenn Gebäude (inkl. Neubau und Ausbau) nicht zugänglich für behinderte Leute sind, darf nur die ‚betroffene‘ Person anklagen. Wenn der/die RichterIn überzeugt ist, dass die Menschenrechte dieser Person negativ betroffen sind, könnte er/sie sich entscheiden, dass die Firma Schadenersatz leisten muss. Der/die RichterIn darf nicht die Firma verpflichten, das Gebäude zugänglich zu machen. Des Weiteren, darf ich nicht anklagen, da ich ‚nicht betroffen‘ bin – selbst wenn es mich in der Tat als Mensch sehr betrifft.
- g. *Sexueller Missbrauch von Kindern.* Vor einem Jahr hat der Europarat ein Programm, welches ‚1 von 5‘ heißt, etabliert das gegen die weit verbreitete Entstehung des sexuellen Missbrauchs von Kindern ankämpft. Auch Österreich hat dieses Programm unterschrieben. Die TT hat auch Informationen über dieses Programm gegeben. Trotzdem

habe ich bis jetzt keine(n) JUWO-SozialarbeiterIn getroffen, der/die weiß, dass es so ein Programm gibt! Das Thema ist wie folgt: schon vor langer Zeit hat die Forschung uns bestätigt, dass im Durchschnitt 1 von 5 Kindern (0-16 Jahre) sexuellen Missbrauch erfahren. Die Statistik für Österreich (von zwei Forschungsprojekten) schätzt die folgende Prozentteile der Betroffenen: 27 % bzw. 36 % der Frauen erfahren sexuellen Missbrauch in ihrer Kindheit; 12 % bzw. 19 % der Männer erfahren sexuellen Missbrauch in ihrer Kindheit. Der Bericht des Europarates war auch ganz klar: Die Täter sind Männer und Frauen, die eine enge Beziehung mit den Kindern haben (70 % oder mehr, von der Familie der Kinder), und das Motiv für den Missbrauch ist Macht. In Österreich schätzen wir, dass es jedes Jahr 25.000 neue Fälle des Missbrauchs gibt!

- h. *Familie als problematische Institution.* Nicht nur sexueller Missbrauch von Kindern, nicht nur Gewalt gegen ältere Leute, nicht nur die häusliche Gewalt gegen Frauen, sondern auch die Scheidungsrate von ca. 50 % der Ehen (TT, 01.12.12) bestätigt, dass die Familie eine hoch problematische gesellschaftliche Institution ist.
- i. *Suchtprobleme.* Es gibt mehrere Arten von Suchtproblemen (ärztlich verordnete Medikamente, Alkohol und andere Drogen, Sex, Wetten, Computerspiele, besessene Nutzung des Handys, Essstörungen, sowie Diäten, usw.) sowie andere ‚Wirklichkeitsvermeidungsstrategien‘ (inkl. Religion und Aberglauben). Laut Vermutungen sind 80 % oder mehr der Bevölkerung betroffen.

Angesichts all diesen Symptomen, können wir zu dem Schluss kommen, dass Österreich eine sehr kranke Gesellschaft ist. Soziale Probleme müssen wir nicht erfinden! Und ganz klar ist, dass Real die Ursachen nicht in den einzelnen Menschen liegen, sondern in der Struktur und den Institutionen der Gesellschaft.

Der aktuelle Stand der Sozialen Arbeit in Tirol

Wenn man die in der Sozialen Arbeit Praktizierenden in Kategorien unterteilen möchte, dann ergäben sich mindestens fünf Unterteilungen. Dabei würde ich mich zu den Kritikern zählen. Ich bin auf keinen Fall allein in dieser Gruppe, aber es gibt andere Leute, die bei sozialarbeiterischen Einrichtungen arbeiten, die andere Standpunkte (ob bewusst oder unbewusst) annehmen. Hier sind einige davon:

1. **Die ‚Psychos‘**. Diese Leute psychologisieren und psychopathologisieren die Symptome der sozialen Probleme, da sie diese Symptome als individuelles Problem der Dienstleistungsnutzer umdefinieren. Plötzlich hat die/der DienstleistungsnutzerIn ein persönliches Problem, anstatt Symptome der sozialen Probleme – oder schlimmer noch, vielleicht ist sie/er eigentlich das Problem! Ein(e) Psychologe/in fokussiert sich z. B. auf die Individuen (oder höchstens auf deren Familie), im Grunde werden die einzelnen problematischen Manifestationen – die Symptome der Symptome – von deren politischen und ökonomischen Kontexten und Ursachen getrennt. Einer/m Psychologen/in fehlt die Ausbildung mit sozialen Problemen zu arbeiten. Wir können nicht mehr erwarten oder verlangen. Es gibt eigentlich drei Untergruppen der ‚Psychos‘: die ‚echten Psychos‘, die nie Soziale Arbeit

absolviert haben sondern eine Qualifikation in einem der ‚Psychoberufen‘ haben; die ‚Pseudopsychos‘, die nie Psychologie oder ähnliches studiert haben, die trotzdem vor der Ideologie, den Begriffen und der Praxis der ‚Psychoberufen‘ kapituliert haben; und die ‚Neopsychos‘, die Soziale Arbeit absolviert haben und danach eine zusätzliche Qualifikation in einem der ‚Psychoberufen‘ erhalten haben, um ihr Wissen und ihre Praxis zu ergänzen (oder ihren Status zu erhöhen, wie ein Student in letzter Zeit einige Lektorinnen kritisch betrachtet hat¹). Diese Angestellten können bzw. möchten nicht anerkennen, dass soziale Probleme der Gegenstand der Sozialen Arbeit sind.

2. **Die ‚Kontroll-Freaks‘**. Diese Typen versuchen verzweifelt die Gedanken und das Benehmen der DienstleistungsnutzerInnen zu kontrollieren. Offensichtlich können sie ihre Macht nur über die Machtlosen in der Gesellschaft nutzen – sie würden nicht wagen, mittelschichtige DienstleistungsnutzerInnen zu kontrollieren, da das ein zu großes Risiko wäre. Es ist das Gegenteil von Robin Hood – die ‚Kontroll-Freaks‘ mobben die Armen um die Reichen zu unterstützen!
3. **Die ‚Ultras‘**. Diese erkonservativen und hierarchischen TraditionalistInnen haben keine Zeit um zu denken, zu lesen und zu reflektieren – sie tun was sie immer getan haben. Wie Paulo Freire (in Pädagogik der Unterdrückten) geschrieben hat: ‚Theorie ohne Praxis ist nutzlos; Praxis ohne Theorie ist gefährlich‘ Diese Leute sind hoch gefährlich – für DienstleistungsnutzerInnen, für die Profession und für sich selbst!

4. **Die ‚ZynikerInnen‘.** Diese Leute glauben nicht, dass Soziale Arbeit sozialen Wandel fördern kann. Tatsächlich glauben sie, dass Soziale Arbeit ganz wenig anbieten kann (ausgenommen, dass sie Geld verdienen kann). Diese Typen sind totes Holz und kranke Zweige – jetzt ist es Zeit fürs Beschneiden!

Andere Untergruppen erfassen die ‚Ängstlichen‘, die ‚Inkompetenten‘, die ‚Ausgebrannten‘, usw. Ironisch ist es und erstaunlich sollte es sein, dass die SozialarbeiterInnen, die so oft klagen ‚wir können nichts anders machen‘, dieselben Leute sind, die kleine Wunder von DienstleistungsnutzerInnen verlangen!

Ich bitte um Geduld, dass ich diese Kategorien nur beschrieben habe. Später möchte ich als kritischer Sozialarbeiter diese ‚Typen‘ analysieren – warum reagieren SozialarbeiterInnen so, warum nehmen sie ihre Verantwortungen und Verpflichtungen nicht wahr. Aber erst muss ich die ‚KritikerInnen‘ darstellen.

5. **Die KritikerInnen.** Diese Leute erkennen an, dass Soziale Arbeit eine der schwierigsten Professionen der Welt ist. Sie sind sehr glücklich, dass seit dem Jahr 2000 SozialarbeiterInnen weltweit über eine internationale Definition der sozialen Arbeit (samt Ethikcodex) verfügen. Diese internationale Definition haben alle professionellen Organisationen der SozialarbeiterInnen weltweit (inkl. obds) gebilligt. Trotzdem gibt es wenig Hinweise darauf, dass SozialarbeiterInnen und ManagerInnen, die zusammen die ‚Psychos‘, ‚Kontroll-Freaks‘, ‚Ultras‘, ‚und ZynikerInnen‘ bilden, irgendwann diese Definition gefordert haben – und noch weniger Hinweise, dass sie das möchten!

Falls jemand noch nicht völlig mit dieser Definition vertraut ist, gebe ich sie wiederⁱⁱ:

*„Die Profession Soziale Arbeit fördert den **sozialen Wandel**, Problemlösungen in zwischenmenschlichen Beziehungen sowie die **Ermächtigung und Befreiung** von Menschen, um ihr Wohlbefinden zu heben. Unter Nutzung von Theorien menschlichen Verhaltens und sozialer Systeme greift Soziale Arbeit an den Punkten ein, in denen Menschen mit ihrer Umgebung interagieren. Prinzipien der **Menschenrechte und sozialer Gerechtigkeit** sind für die Soziale Arbeit fundamental.“ⁱⁱⁱ (meine Betonung der Schlüsselwörter)*

Die ‚KritikerInnen‘ akzeptieren und setzen diese Definition um, da sie SozialarbeiterInnen des 21. Jahrhunderts sind. Die KritikerInnen analysieren soziale Probleme, sie bereiten sich sehr vor, sie entwickeln ihr Wissen und Können, und sie lesen die umfangreiche Literatur der Sozialen Arbeit des 21. Jahrhunderts.

Leider hinkt die übliche Praxis der Sozialen Arbeit in Tirol 30 Jahre oder länger hinterher. Soziale Arbeit überwacht die Armen, ist diskriminierend anstatt anti-diskriminierend, gibt den Opfern der neoliberalen Ökonomie für ihre Zwangslage die Schuld (die ‚Polizei light‘, wie Kreidl das beschrieben hat^{iv}). Mit großem Einsatz verteidigen sich SozialarbeiterInnen und deren Organisationen anstatt soziale Probleme zu bekämpfen und sozialen Wandel zu fördern (vgl. Rogowski, S. 2013). Es gibt SozialarbeiterInnen die der hierarchischen, konservativen, diskriminierenden und neoliberalen Gesellschaft dienen und gleichzeitig SozialarbeiterInnen welche die Arbeiterklasse, MigrantInnen und andere relative machtlose Leute unterdrücken. Man könnte argumentieren, dass

es eine Kontinuität zwischen der Sozialen Arbeit der NS-Zeit und der aktuellen Praxis gibt, da beide den unterdrückenden Interessen des Staats gedient haben. Diese Situation ist tödlich für DienstleistungsnutzerInnen und unsere Profession. DienstleistungsnutzerInnen haben Angst vor SozialarbeiterInnen (kein Wunder!) und leisten Widerstand. Keine Ermächtigung, keine Befreiung, keine Menschenrechte^v, keine soziale Gerechtigkeit, und kein sozialer Wandel. Das heißt: keine Soziale Arbeit.

Kritische Soziale Arbeit analysiert soziale Probleme (und versteht den Unterschied zwischen Symptomen und Ursachen). Kritische Soziale Arbeit erkennt an, dass DienstleistungsnutzerInnen an Symptomen leiden und verbindet persönliche Sorgen mit politischen Angelegenheiten. Kritische Soziale Arbeit bekämpft alle Arten der Diskriminierung (persönliche, kulturelle, institutionelle, und strukturelle^{vi}). Kritische Soziale Arbeit bekämpft strukturelle Unterdrückung und Ausbeutung^{vii} sowie Entfremdung^{viii}, die integral im Kapitalismus sind. Kritische soziale Arbeit fordert Ermächtigung und Menschenrechte von unten^{ix}, Befreiung und soziale Gerechtigkeit.^x

Die treibende Kraft des Kapitalismus ist die Ausbeutung der Ressourcen (menschliche und natürliche) und die Wiederanlage des Gewinnes, um mehr Ressourcen auszubeuten. Dieser Trieb ist unlöslich. Wie wir wissen, zerstört dieser Trieb unseren Planeten^{xi}. Umweltfreundlicher Kapitalismus ist ein Widerspruch! Kein Wunder, dass es nie möglich ist, internationale Einigung über Umweltverbesserungen zu erzielen – es wird ein anderes sozio-ökonomisches System brauchen. Das ist ein sehr wichtiges Thema für Soziale Arbeit, in Österreich und weltweit – es entspricht

unserer professionellen Definition, es muss ein integraler Teil unserer Arbeit werden^{xii}.

Mullaly^{xiii} identifiziert mehrere Arten der Unterdrückung (samt Ausbeutung, Marginalisierung, strukturelle Gewalt, Machtlosigkeit, usw.), die wir in einer non-hierarchischen Zusammenarbeit mit DienstleistungsnutzerInnen bekämpfen müssen:

- Am Arbeitsplatz
- Am Wohnungsmarkt
- Am Konsumentenmarkt
- Im Gesundheitssystem
- Im Ausbildungssystem
- Im Justizsystem (wie schon oben erwähnt)

Der andere Faktor, endemisch im Kapitalismus, ist Entfremdung.

Entfremdung

Endlich haben wir das Hauptthema erreicht. Unter kapitalistischen Produktions- und Konsumbedingungen sind fast alle Leute entfremdet in vier Weisen:

1. Wir sind von unseren ‚Produkten‘ entfremdet – was wir machen. Wir produzieren, aber das Produkt gehört uns nicht. Weiters, scheint es, dass dasselbe Produkt Kontrolle über uns hat.
2. Wir sind vom Arbeitsprozess entfremdet. Wir haben wenig Kontrolle darüber, wie wir unsere Arbeit machen.
3. Wir sind von unseren Mitmenschen entfremdet. Wir sehen diese Leute wie ‚Andere‘, anders als uns, wir trennen uns davon, wir identifizieren uns nicht mit denen. In der gleichen Weise entfremden wir uns von der natürlichen Welt.
4. Wir sind von uns selbst entfremdet, von unserer menschlichen Natur. Wir sehen uns als au-

tonom in der Welt, unabhängig von Anderen, isolierte, getrennte Individuen, anstatt als soziales Wesen, in einer vollkommen interdependenten Welt, mit einer integraler Verbindung zu und mit allen Menschen und den natürlichen Umwelten.

Entfremdung ist die Ursache vieler sozialer Probleme in einer kapitalistischen Gesellschaft (Gewalt, Diskriminierung, sexueller Missbrauch von Kindern, Gesundheitsprobleme, Suchtprobleme, usw.). Ohne die Entfremdung von Mensch zu Mensch, und von unserer menschlichen Natur, wäre es nicht möglich sich in unmenschlicher Weise zu benehmen und zu denken.

Wie Ferguson und Lavalette uns gezeigt haben, sind auch SozialarbeiterInnen entfremdet – vom Produkt der Arbeit (die Vermeidung der sozialen Probleme und der Versuch DienstleistungsnutzerInnen zu kontrollieren), vom Arbeitsprozess (die Standardisierung und Ökonomisierung der Arbeit), von unseren mitmenschlichen Beziehungen (nicht zuletzt mit DienstleistungsnutzerInnen), und von unserer menschlichen Natur (Individualismus statt Kollektivismus, autonom statt soziales Wesen, und auf Grund unserer berufsbedingten Verzweiflung haben wir uns entmenschlicht).

Jetzt können wir verstehen, warum wir so viele ‚Psychos‘, ‚Kontroll-Freaks‘, ‚Ultras‘ und ‚ZynikerInnen‘ haben! Im Vergleich können kritische SozialarbeiterInnen, die die Ursachen und Wirkungen der Entfremdung verstehen, die leitende Rolle spielen, um Soziale Arbeit zu retten und professionalisieren und den verzweifelten und entfremdeten KollegInnen neue Hoffnung, neue Zie-

le, ein neues Verständnis und neue Methoden (besonders Gemeinwesenarbeit und Gruppenarbeit, in Zusammenarbeit mit DienstleistungsnutzerInnen) anzubieten.

Die kritischen SozialarbeiterInnen wissen, dass die DienstleistungsnutzerInnen nicht die Anderen sondern unsere PartnerInnen sind – wir sind alle von der Wirkung des Kapitalismus betroffen. Nur gemeinsam und in Solidarität miteinander können wir soziale Probleme lösen und eine neue Art der Gesellschaft ins Leben rufen. Das ist Soziale Arbeit des 21. Jahrhunderts. Bist du ein Teil dieser Lösung – oder immer noch ein Teil des Problems?

Kevin Brown, BA (Hons), MA, CQSW

Hochschullektor

war 28 Jahre lang marxistischer Sozialarbeiter,

Trainer und Manager in Schottland

schreibt ein Buch ‚Marx for Social Workers‘

lernt marxistische Bienenhaltung

von seinen 14 Bienenvölkern

schreibt diesen Artikel als professioneller

Sozialarbeiter anstatt als entfremdeter Angestellter.

ⁱ vgl. Seeley, T. 2010

ⁱⁱ Es gibt mehrere Versionen auf Deutsch aber nur eine Version auf Englisch (die Originale). Ich habe hier die echte Übersetzung wiedergegeben.

ⁱⁱⁱ IFSW, 2000/ 2004

^{iv} Kreidl, W. (2011) ‚Das Ende der Sozialarbeit‘ in **Echo 7.11**, S.52-55

^v Laut Harvey, D. 2012, das einzige Menschenrecht, das in kapitalistischen Gesellschaften gefördert wird, ist das Recht auf Eigentum

^{vi} Vgl. Thompson, N. 2005, Dominelli, L. 2002a/2002b/2008

^{vii} Vgl. Mullaly, R. 2007

^{viii} Vgl. Ferguson, I., Lavalette, M. 2004

^{ix} Vgl. Ife, J. 2010

^x Vgl. Brown, K. 2008

^{xi} Vgl. Imhof, M., Lieckfeld, C. 2013

^{xii} Vgl. Mullaly, R. 2007

Initiierende SozialarbeiterInnen in Innsbruck – oder: Ein „unternehmerisches“ Element Sozialer Arbeit?

Erika Mischitz

Das Dowas für Frauen, ARANEA, das Ausländerkomitee, die Rechtsberatung für AsylwerberInnen etc. - in Innsbruck wurde und wird gegründet. Eine gewisse Faszination für und großer Respekt vor SozialarbeiterInnen, die sich daran beteiligen Initiativen ins Leben zu rufen, haben mich dazu veranlasst, sie zum Thema meiner Masterarbeit zu machen. Unter dem Titel *„SozialarbeiterInnen schaffen neue Initiativen in Innsbruck – Die Situation der 1980er Jahre und heute im Vergleich. Über veränderte politische, ökonomische und professionsbezogene Bedingungen und Identitäten.“* wird sozialarbeiterisches Engagement fokussiert, durch welches in Innsbruck entweder in den 1980er-Jahren oder während der 2000er-Jahre neue soziale Initiativen auf die Beine gestellt wurden. Dieser Artikel liefert einen kleinen Einblick in meine Masterarbeit.

Theoretische Fundierung

Die soziologische Einbettung des Themas geschieht auf Basis von Pierre Bourdieus Theorie über die soziale Welt, die darin tätigen AkteurInnen und deren verschiedene Interessen sowie die sich ständig vollziehenden Kapital- bzw. Machtkämpfe. Theorien über den gesellschaftlichen Wandel sollen die Veränderungen zwischen den 1980er und 2000er Jahren in den Bereichen Wirtschaft, Staat, Soziale Arbeit und Individuen verdeutlichen (vgl. Atzmüller 2011, Seithe 2012, Talós 2003).

Außerdem wird ein klassisches unternehmens-theoretisches Modell herangezogen, um die Gründungsphase einer Initiative mit ihren ver-

schiedenen Merkmalen und Aspekten theoretisch zu fundieren (vgl. Pümpin/Prange 1991).

„Unternehmerische SozialarbeiterInnen“?

Gezielt wird eine Bezeichnung für initiierende SozialarbeiterInnen eingeführt, welche das Potential hat, teilweise auf große Ablehnung in der Sozialen Arbeit zu stoßen: „unternehmerische SozialarbeiterInnen“. Diese Bezeichnung soll mehrere Facetten des Gründens einer neuen Initiative spiegeln: „unternehmerisch“ bezeichnet zu allererst ein engagiertes Unterfangen (Neues anpacken, schaffend intervenieren), außerdem die ökonomischen Aspekte der Neugründungen sowie die dafür nötige Risikobereitschaft. Nicht zuletzt deutet „unternehmerisch“ auch eine verinnerlichte aktive, eigeninitiative Lebenshaltung hin, die heute von der Gesellschaft allen Einzelpersonen, wie auch SozialarbeiterInnen, abverlangt wird. Ist es nun Ziel, Zwang, Fluch oder Segen, als SozialarbeiterIn „unternehmerisch“ zu agieren?

Die Forschung

Im empirischen Teil der Masterarbeit werden initiierende SozialarbeiterInnen von folgenden vier Initiativen aus den Bereichen Sozialer Arbeit mit Frauen bzw. MigrantInnen interviewt: Dowas für Frauen (Gründungsjahr 1986), ARANEA (2006), Ausländerkomitee (Entstehung in den 70er/80er Jahren, heute Verein Multikulturell) und Unabhängige Rechtsberatung für AsylwerberInnen (2009). Von Interesse für diese qualitative Forschung sind sowohl Mikro-, Meso- und Makroebene der Gründungen: wie erklären sich die So-

zialarbeiterInnen die Entstehung ihres konkreten Einsatzes, wie haben sie sich organisiert und auf welche gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen sind sie bei der Gründung gestoßen? Inwieweit haben sich sozialarbeiterische Identitäten, Vorgangsweisen und dafür relevante gesellschaftliche Rahmenbedingungen in Innsbruck zwischen den zwei fokussierten Jahrzehnten verändert? Die Ergebnisse wurden mittels qualitativer Inhaltsanalyse ausgewertet, im zeitlichen Kontext gegenüber gestellt und daraus Schlussfolgerungen für die heutige initiiierende Praxis von SozialarbeiterInnen gezogen.

Einblick in zentrale Ergebnisse

Im Rahmen der Interview-Analyse haben sich u.a. folgende zentrale Erkenntnisse ergeben:

- Die SozialarbeiterInnen sehen sich heute wie damals als gesellschaftskritische, mitgestaltende AkteurInnen.
- Durch die gesellschaftliche Aufbruchsstimmung und günstigen politischen Rahmenbedingungen der 1970er und 80er Jahre wurde die Entstehung von Initiativen begünstigt. Die Trends der Individualisierung und die ausgebauten Gesetzeslagen in den 2000er Jahren hingegen erschweren das Etablieren von Neugründungen. Die Verantwortung zur „Projektfinanzierung“ verlagert sich vermehrt vom Staat auf die Ebene der Europäischen Union. Da die Gesetzeslage im Asylbereich in den 2000er Jahren sehr rigide ausgestaltet, sowie der öffentliche Diskurs geladen ist, kann es dazu führen, dass Initiativen in diesem Bereich vom Staat ignoriert werden können:

„Wir haben immer wieder Aussagen [von PolitikerInnen] wie: ‚Wir können euch finanziell nicht unterstützen, weil wir können das politisch nicht vertreten, öffentlich. Wie sollen wir das politisch vertreten,

dass eine Einrichtung, die – wie viele ja glauben – Verfahren verzögert und Menschen hilft, die eigentlich keine Fluchtgründe haben, dann auch noch weiterhin finanziell gesichert wird?“ (Gründerin der Rechtsberatung)

Zugleich suggerieren etablierte Anti-Diskriminierungsgesetze Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern – die Wichtigkeit genderspezifischer Initiativen wird dennoch oft nicht wahrgenommen:

„Es hat zum Beispiel auch Aussagen gegeben, wir sollen das Wort ‚feministisch‘ nicht verwenden in unserem Konzept, weil das abschreckend ist oder uns eher Minuspunkte gibt, wenn es um Anträge oder Förderungen geht.“ (Gründerin von ARANEA).

In den 2000er Jahren nimmt die Ökonomie einen höheren Stellenwert bei der Gründung von Initiativen in Innsbruck ein und beeinflusst das Denken der SozialarbeiterInnen stärker, während in den 1980er Jahren finanzierungsspezifisches Wissen nicht als essentielle Kompetenz unter SozialarbeiterInnen galt. Während die initiiierenden SozialarbeiterInnen der 1980er Jahre über einen großen Idealismus und eine gewisse Naivität bezüglich ihrer damaligen Initiativengründung berichten, so ist das Risikobewusstsein für Gründungen in den 2000er Jahren höher.

Interessant ist, wie unterschiedlich die Bezeichnung als „unternehmerische Sozialarbeiterin“ von den Interviewpartnerinnen wahrgenommen wird. Zwei identifizieren sich mit dieser Bezeichnung: „unternehmerisch“ wird einerseits als Synonym für „engagiert“ verstanden, und andererseits wird in der Sozialen Arbeit – neben kritischem sozialen Denken – ein gewisses Management-Knowhow auf jeden Fall als wichtig empfunden. Zwei Interviewte lehnen die Bezeichnung ab: ihr Engagement orientiere sich nicht an ökonomischen starren Messgrößen und vertrete keine kapitalistischen Werte.

Fazit

Trotz veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Anfang des 21. Jahrhunderts werden sozialarbeiterische Initiativen in Innsbruck fortbestehen: denn ihr Engagement ist nicht von der Quantität oder Qualität staatlicher Finanzierungen abhängig, sondern basiert auf kollektivem Engagement für einen grundlegenden sozialarbeiterischen Auftrag: die Aufrechterhaltung von sozialer Gerechtigkeit.

Erika Mischitz, MA

Absolventin des Masterstudienganges

„Soziale Arbeit, Sozialpolitik & -management“ 2012
arbeitet im InfoEck Innsbruck als Koordinatorin des
EU-Programmes Jugend in Aktion

Auszug aus der Literaturliste:

Atzmüller, Roland: Überlegungen zur Krise der Solidarität. Thesen zur Entwicklung des Wohlfahrtsstaates. In: Stelzer-Orthofer, Christine; Weidenholzer, Josef (Hg.): Aktivierung – nationale und europäische Strategien gegen Armut und Arbeitslosigkeit. Wien: Mandelbaum 2011. 13-29.

Bourdieu, Pierre: Soziologische Fragen. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1993.

Bourdieu, Pierre: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. Übs.: Kreckel, Reinhard. In: Kreckel, Reinhard (Hg.): Soziale Welt. Sonderband 2. Soziale Ungleichheiten. Göttingen: Verlag Otto Schwartz & Co. 1983. 183-198.

Pümpin, Cuno; Prange, Jürgen: Management der Unternehmensentwicklung. Phasengerechte Führung und der Umgang mit Krisen. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1991.

Rehbein, Boike: Die Soziologie Pierre Bourdieus. Konstanz: UVK Universitätsverlag 2011.

Seithe, Mechthild: Schwarzbuch Soziale Arbeit. Wiesbaden: VS Verlag, 2012.

Tálos, Emmerich: Sozialstaat Österreich: Probleme und Veränderungen. In: Rosenberger, Sieglinde; Tálos, Emmerich (Hg.): Sozialstaat. Probleme, Herausforderungen, Perspektiven. Wien: Mandelbaum Verlag 2003. 80-95.

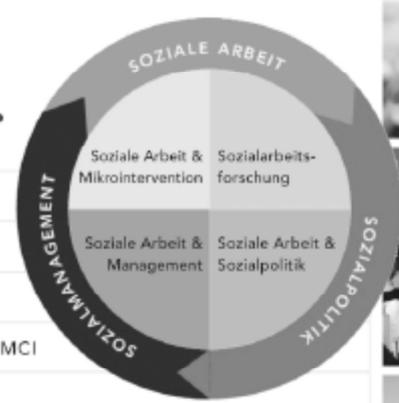
MASTERSTUDIENGANG

soziale arbeit, sozialpolitik & -management.

30 Studienplätze pro Jahr
Abschluss Master of Arts in Social Sciences / MA bzw. M.A.
Zeitmodell 4 Semester, Vollzeit
Internationales Semester im 3. Semester, an Partnerhochschule oder am MCI

Zugangsvoraussetzungen
Absolventen/-innen einschlägiger Bachelor- oder Diplomstudiengänge, Absolventen/-innen der 3-jährigen ehemaligen Akademien für Sozialarbeit und Pädagogischen Akademien; der 2-jährigen Akademien, mit zusätzlicher facheinschlägige Weiterbildung an anerkannten postsekundären Bildungseinrichtungen (mind. zwei Semester) oder sonstiger mind. 6-semestriger Hochschulstudien mit sozialarbeits- und sozialwissenschaftlichem Bezug (mindestens 90 ECTS).

Berufsfeld
Absolventen/-innen sind in der Lage, die neuesten Methoden und Techniken der Sozialen Arbeit problemangemessen anzuwenden, im Rahmen der Sozialarbeitsforschung methodenrichtige Analysen über soziale Probleme, ihre Determinanten und Folgen durchzuführen, sozialpolitisch umsichtig zu handeln, soziale Systeme zu managen und soziale Einrichtungen effektiv und effizient zu führen.





MCI MANAGEMENT CENTER INNSBRUCK – DIE UNTERNEHMERISCHE HOCHSCHULE®
6020 Innsbruck / Austria, Universitätsstraße 15, +43 512 2070, office@mci.edu, www.mci.edu/master-soziale-arbeit-sozialpolitik-management

open
house.

SA 02.02.2013 9 – 14 UHR

SA 06.04.2013 9 – 14 UHR



Hier ist berufspolitisches Engagement gefragt!

Theresa Hutter

Am 29.09.2012 strahlte der ORF eine Folge der Sendung „Am Schauplatz“ mit dem Titel „Gebt mir meine Kinder zurück“ aus. Inhalt sind die Schicksale zweier Familien, deren Kinder von der Jugendwohlfahrt fremduntergebracht worden sind. Die Berichterstattung ist reißerisch und bezieht sich hauptsächlich auf die Schilderungen der Eltern, die heftige Vorwürfe gegen die MitarbeiterInnen der Jugendämter, Kinderheime, ambulanten Betreuungsagenturen sowie Familiengerichte erheben.

Erzählt wird über Familie F., ein Salzburger Ehepaar, deren beide Kinder vor dreieinhalb Jahren ins Heim kamen, als ihre Eltern aufgrund finanzieller Schwierigkeiten ihre Wohnung verloren hatten und wegen ausstehender Mietzahlungen angezeigt und in Untersuchungshaft genommen worden waren. Als alleiniger Grund, warum die Kinder nicht rückgeführt werden, werde vom Jugendamt die Verschuldung der Eltern angegeben. „Es hat einfach ein bisschen eine komische Optik, [...] dass sich eine Familie vorher entschulden muss, bevor sie ihre Kinder zurückbekommt, und gleichzeitig vom Jugendamt lohngepfändet wird“, so die Moderatorin der Sendung. Dem Heim, in dem die Kinder untergebracht sind, gehe es ausschließlich darum, dass diese Geld einbringen, so die Mutter, während die Motive der JugendwohlfahrtsmitarbeiterInnen ebenfalls klar seien: „dass sie halt immer wieder nach Gründen suchen oder einfach Lügen erfinden, damit ihr Tun gerechtfertigt ist. Sie wissen vielleicht eh selber, dass das nicht in Ordnung ist, was sie tun, aber jetzt sind sie schon mittendrin und sie können nicht mehr zurück oder würden das Gesicht verlieren.“

Die zweite Geschichte handelt von Frau Z., einer alleinerziehenden Mutter aus Oberösterreich. Nach dem plötzlichen Kindstod ihrer Tochter vor vier Jahren wurden deren Zwillingsschwester und älterer Bruder im SOS-Kinderdorf untergebracht. Aufgrund der Verhaltensauffälligkeiten ihres Sohnes habe sie beide Kinder dem Jugendamt „vorübergehend freiwillig anvertraut“, das ihre schlechte seelische Verfassung ausgenutzt und hinter ihrem Rücken einen Antrag auf Obsorgeentzug gestellt habe, so die Mutter. Das Gericht entzog ihr aufgrund eines Gutachtens das Sorgerecht, dessen Ersteller im Bericht vorgeworfen wird, er habe jahrelang seine Gutachten und Tests manipuliert. Außerdem sei dieser gleichzeitig der Leiter der TAF GmbH gewesen, der Einrichtung, von der die Familie bereits vor dem Tod der Tochter im Auftrag des Jugendamts ambulant therapeutisch betreut worden war. Kurz vor der Gutachtenerstellung habe die Mutter einen Konflikt mit den MitarbeiterInnen dieser Firma gehabt, da sie für sich selbst keine psychologische Unterstützung wollte. Darin wird im Bericht der Grund für das negative Gutachten, den darauffolgenden Obsorgeentzug sowie die restriktiven Besuchsregelungen vermutet. Es sei eine Praxis, die er immer wieder feststelle, so der Anwalt der Mutter, „dass die Jugendämter den Eltern, die ihnen unliebsam sind, immer wieder gezielt das Besuchsrecht sabotieren, indem sie [...] die Verlaufsgespräche negativ schildern“.

Wiederholt wird im Bericht kritisiert, dass die MitarbeiterInnen der Jugendwohlfahrt und Kinderheime zu keiner Auskunft bereit seien. So auch bei einer Pressefahrt ins SOS-Kinderdorf, bei der die Zuständigen gefragt werden, warum die Jour-

nalistInnen hier überall herumgehen dürften, während „Frau Z. nur alle paar Wochen Zutritt gewährt wird, obwohl ihr Sohn hier lebt.“ Die Verschwiegenheitspflicht der betreffenden Personen wird in der Berichterstattung ebenso wenig beachtet wie die Privatsphäre der Kinder. So wird z.B. ein Homevideo gezeigt, in dem Frau Z. ihrem Sohn Fragen über sein Befinden stellt, seit er und seine Schwester in getrennten Gruppen betreut werden: „Vermisst du sie? Ist schon schlimm, gell, wenn du sie so selten siehst.“

Da die hier geschilderte Art der Berichterstattung des ORF uns als SozialarbeiterInnen Anlass zur Sorge gab, verfassten wir einen Brief an die Schauplatz-Redaktion sowie an den Publikumsrat des ORF, der von 13 SozialarbeiterInnen unterschrieben und von der obds-Landesgruppe Tirol unterstützt wurde. Der Inhalt dieses Schreibens lautet folgendermaßen:

Als SozialarbeiterInnen sind wir verwundert über die Vorgehensweisen der ReporterInnen, deren anklagende Haltung gegenüber der Jugendwohlfahrt aus professioneller Sicht nicht gerechtfertigt scheint. Wir wagen zu unterstellen, dass die erhobenen Vorwürfe gegen die Vorgehensweisen der JugendamtsmitarbeiterInnen, die fast ausschließlich auf den einseitigen Schilderungen gekränkter Eltern beruhen, einer fachlichen Überprüfung nicht standhalten würden.

In den Ämtern für Jugendwohlfahrt der Bezirkshauptmannschaften und Magistrate Österreichs arbeiten engagierte und professionell geschulte SozialarbeiterInnen gemäß ihrer gesetzlichen Verpflichtung, das Wohl der Kinder zu erhalten oder zu gewährleisten, deren Eltern vorübergehend oder langfristig nicht dazu in der Lage sind.

Dazu werden sogenannte „Hilfen zur Erziehung“ gewährt, die für die Betroffenen in der Regel kostenlos sind und, wenn irgend möglich, innerhalb der Familie und in Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten stattfinden. Eine Kindesabnahme wird niemals leichtfertig entschieden, sondern ist per Gesetz die letzte Maßnahme, die angewandt wird, wenn mit allen anderen Unterstützungen das Wohl des Kindes in der Familie nicht mehr sichergestellt werden kann. Dies geschieht ausschließlich dann, wenn die altersgemäße Entwicklung des Kindes durch den Verbleib in der Familie (damit ist auch der erweiterte Familienkreis gemeint, denn vorrangig werden in akuten Krisensituationen innerfamiliäre Unterbringungsmöglichkeiten gesucht) maßgeblich beeinträchtigt wäre.

In jedem Arbeitsfeld, das mit Menschen in schwierigen Lebenslagen zu tun hat, passieren mitunter Fehler, die zu tragischen Einzelschicksalen führen können und höchst bedauerlich sind. In der Jugendwohlfahrt sind die SozialarbeiterInnen jedoch verpflichtet, durch intensive Weiterbildungen, Supervisionen, Rücksprachen im Team und mit der Abteilungsleitung, Kooperation mit psychologischen und juristischen Sachverständigen usw. sicherzustellen, dass solche Fehler weitgehend ausgeschlossen werden können. Die zunehmende gesetzliche Verankerung dieser Pflichten steht in markantem Gegensatz zur immensen Personalknappheit der Jugendämter, die noch dadurch verschärft wird, dass immer weniger junge SozialarbeiterInnen bereit sind, unter diesen Bedingungen in der Jugendwohlfahrt zu arbeiten. Solche Angriffe auf das Image der Jugendämter von Seiten des öffentlich rechtlichen Fernsehens tragen erfahrungsgemäß nur zu einer Verschlechterung dieser Situation bei.

Inhaltlich soll noch gesagt sein, dass Kinder nicht, wie Klara F. im Bericht behauptet, dem Heim, in dem sie untergebracht sind, hohe Einnahmen bringen. Eine Fremdunterbringung stellt für die Jugendwohlfahrt die teuerste Maßnahme dar und ist deshalb – zusätzlich zu allen fachlichen und ethischen Argumenten – schon allein aus ökonomischen Gründen als allerletzter Weg zu sehen. Das Heim bekommt natürlich von den ObsorgeinhaberInnen die (einkommensabhängigen) Unterhaltszahlungen für die Kinder, deren Betreuung und Versorgung es ja schließlich übernimmt. Es hat jedoch keinerlei Entscheidungskompetenz, wenn es um die Rückführung des Kindes in die Familie geht und wird diese sicherlich aus monetären Gründen nicht verhindern wollen, da in Österreich bedauerlicherweise ein Mangel an Fremdunterbringungsplätzen herrscht.

Bezüglich des Beitrags über Daniela Z. möchten wir darauf aufmerksam machen, dass diese Art der Berichterstattung das Recht der Kinder auf Privatsphäre erheblich verletzt. Gerade weil sie gesetzlich zum Schutz der Kinderrechte und damit zur Verschwiegenheit verpflichtet sind, können sich die MitarbeiterInnen der Jugendwohlfahrt auch nicht zu den erhobenen Anschuldigungen äußern. Ein Heimvideo vorzuspielen, in dem einem Kind von der Mutter suggestive Fragen darüber gestellt werden, wie schlecht es ihm nun gehe, entspricht in keiner Weise den Interessen dieses Kindes. Die betroffenen Familien genießen unser aufrechtes Mitgefühl, da eine Trennung außerordentlich schwer ist, jedoch entschuldigt dies nicht den Versuch, die Kinder für die Durchsetzung der Interessen ihrer Eltern zu instrumentalisieren. Dass der ORF diese Vorgehensweise unterstützt, ist aus unserer Sicht unprofessionell.

Durch marginale Öffentlichkeitsarbeit – aufgrund der prekären Situation kann die Jugendwohlfahrt ihrem gesetzlichen Aufklärungsauftrag nämlich kaum nachkommen – ist es in den letzten Jahren gelungen, die Zahl der Gefährdungsmeldungen in Österreich erheblich zu steigern. Dies hat nicht den Grund, dass Vernachlässigung, psychische, physische oder gar sexuelle Gewalt gegenüber Kindern zunehmen, sondern dass die Öffentlichkeit immer seltener wegschaut und Auffälligkeiten häufiger und früher der Jugendwohlfahrt meldet. Durch derartige Berichterstattung wie in dieser Schauplatz-Sendung bewirkt der ORF, dass das Vertrauen der Bevölkerung gegenüber der Jugendwohlfahrt wieder sinkt und Meldungen seltener werden. Logische Folge davon ist, dass Krisen in Familien nicht mehr frühzeitig erkannt und abgefangen werden können und tragische Ereignisse wie der Tod des dreijährigen Cain 2011 in Vorarlberg sich künftig häufen könnten. Die Jugendwohlfahrt ist ein professionelles, öffentliches Amt, das nur in Zusammenarbeit mit der Öffentlichkeit, mit anderen Ämtern und allen Betroffenen das Wohl der Kinder sicherstellen kann. Entgegen seinem allgemeinen Bildungsauftrag arbeitet der ORF mit derartigen Beiträgen hier bedauerlicherweise dagegen.

Es ist zu hoffen, dass trotz der wichtigen Rolle, die investigativer Journalismus in einer Demokratie spielt, eine öffentliche Institution wie der ORF nicht anfängt, andere Institutionen, die nach hohen fachlichen und ethischen Standards im Dienst der Länder arbeiten, zu skandalisieren. Obwohl solche voyeuristischen Berichterstattungen in großen Teilen der Bevölkerung sehr gefragt sind, sollte der ORF seine ethische und moralische Verantwortung wahrnehmen und im Inte-

resse der Allgemeinheit und nicht der eigenen Einschaltquoten arbeiten.

Immer wieder sehen sich Institutionen wie die Jugendwohlfahrt, aber auch Einrichtungen, deren Klientel am Rande der Gesellschaft steht, heftiger Kritik von Seiten der Öffentlichkeit gegenüber gestellt. Gerade die wichtige und anspruchsvolle Arbeit der Jugendwohlfahrt rückt meist nur nach tragischen Anlassfällen ins Scheinwerferlicht der Medien, verbunden mit vorschnellen Schuldzuschiebungen und Vergeltungsaufrufen der Bevölkerung. Aufgrund ihrer Verschwiegenheitspflicht können die betroffenen SozialarbeiterInnen keine Stellung beziehen und die zuständigen Oberbehörden der Jugendwohlfahrt kommen ihrem ge-

setzlichen Auftrag zur Öffentlichkeitsarbeit nur selten nach. Neben den Berufsverbänden bleibt es wohl uns SozialarbeiterInnen selbst überlassen, uns gegen die ungerechtfertigte Herabsetzung unseres Berufsstandes zur Wehr zu setzen. Auch wenn es wie in diesem Falle nur kleine Gesten sind, so kann das berufspolitische Engagement jedes Einzelnen dazu beitragen, die Arbeitsbedingungen in der Sozialen Arbeit zu verbessern.

Theresa Hutter, BA

Masterstudiengang

„Soziale Arbeit, Sozialpolitik & -management

Gemeinsam stark machen - SOS Mitmensch & kritische Sozialarbeit

Bernhard Spindler

SOS Mitmensch versteht sich in erster Linie als politische Kampagnenorganisation und nicht als sozialarbeiterischer Verein. Dennoch spielt das Konzept der kritischen Sozialarbeit eine große Rolle in der Arbeit der österreichischen Menschenrechts-NGO. SozialarbeiterInnen sind, als ExpertInnen für menschenrechtliche Missstände in ihren jeweiligen Arbeitsfeldern, von zentraler Bedeutung in der Kampagnenarbeit von SOS Mitmensch. Auf der anderen Seite bietet sich SOS Mitmensch als Werkzeug zur kritischen Sozialarbeit an, was anhand der aktuellen Kampagne für den Arbeitsmarktzugang von Asylsuchenden gezeigt werden kann.

Ein Frühwarnsystem

SOS Mitmensch versteht sich selbst als politische Pressure Group. Im weitesten Sinn sieht sie sich dafür zuständig von Staat und Gesellschaft die Realisierung universeller Menschenrechte einzufordern. Gegründet wurde die Organisation vor mittlerweile 20 Jahren unter den Eindrücken des von der FPÖ initiierten Anti-Ausländer-Volksbegehrens. Als erste Aktion wurde am 20. Jänner 1993 mit dem Lichtermeer – mit rund 300.000 Teilnehmenden die größte Demonstration der 2. Republik – ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und für gesellschaftliche Solidarität gesetzt.

Von diesem Zeitpunkt an kämpft SOS Mitmensch kontinuierlich für die Rechte von Menschen, die in Österreich von sozialer Exklusion und Diskriminierung betroffen sind. *„Josef Haslinger hat SOS Mitmensch als österreichisches Frühwarnsystem bezeichnet. Und es ist in der Tat ein Teil unserer Arbeit, dass wir dort lautstark die Stimme erheben, wo Unrecht passiert und die Würde von Menschen missachtet wird. Darüber hinaus setzen wir aber auch immer wieder konkrete Impulse für eine menschengerechtere Politik“*, erklärt Alexander Pollak, der seit Anfang 2011 Sprecher von SOS Mitmensch ist, die Arbeit der Organisation.

Die Methoden der Arbeit von SOS Mitmensch umfassen alle Arten der politischen Kampagnenarbeit. Über enge Kooperationen mit Organisationen, die Sozialarbeit leisteten – so teilte beispielsweise Ute Bock jahrelang ihr Büro mit SOS Mitmensch – und auch durch das eigene Straßenzeitungsprojekt kommt es auch zur direkten Arbeit mit von Menschenrechtsverletzungen Betroffenen.

Was hat SOS Mitmensch mit kritischer Sozialarbeit zu tun!?

Die Arbeit von SOS Mitmensch baut zu einem großen Teil auf der Kooperation mit sozialen Organisationen auf. Dieser Austausch ist für die Menschenrechtsorganisation ein zentrales Mittel, einen Überblick über die menschenrechtliche Situation in Österreich zu gewinnen. Das heißt nicht, dass diese Kooperation die direkte Kontaktsuche zu Menschen, die von Ausgrenzung und Diskriminierung betroffen sind, ersetzt. Für einen Verein wie SOS Mitmensch ist der Überblick und das ExpertInnenwissen, das SozialarbeiterInnen in ihren jeweiligen Arbeitsbereichen haben, aber unverzichtbar.

SOS Mitmensch finanziert sich ausschließlich durch private Spenden. Das bringt absolute politische Unabhängigkeit mit sich. Die andere Seite dieser Medaille liegt in den stark beschränkten Ressourcen, die SOS Mitmensch zur Verfügung stehen. Dadurch fehlt oft das Personal, das nötig wäre um umfangreiche und tiefgehende Informationen über die menschenrechtliche Situation in Österreich zu gewinnen. Die Zusammenarbeit mit sozialen Organisationen ist ein wichtiger Faktor um diese Beschränkung auszugleichen.

Viele dieser sozialarbeiterisch tätigen Organisationen stehen allerdings vor dem Dilemma, dass es oft einen Widerspruch zwischen den Interessen der Menschen, die sie betreuen, und jenen – oft staatlichen – Akteuren, durch die ihre Arbeit finanziert wird, gibt. Dadurch kommt es zu einem Interessenkonflikt, der es nicht immer möglich macht, lautstark die eigenen politischen Interessen zu vertreten. SOS Mitmensch versteht sich daher in einem gewissen Sinn auch als Werkzeug für kritische Sozialarbeit, das SozialarbeiterInnen helfen soll dieses Dilemma zu überwinden. Die Organisation stellt sich als unabhängiges politisches Sprachrohr zur Verfügung, womit es einen Teil dieses Risikos übernimmt. SOS Mitmensch stellt außerdem eine Sammelstelle für die einzelnen Einblicke in menschenrechtliche Problematiken dar, die soziale Organisationen in ihrer tagtäglichen Arbeit jeweils erhalten. Die konkrete Zusammenarbeit zwischen sozialarbeiterischen Organisationen und SOS Mitmensch, sowie mit anderen Interessensvertretungen, wird neben der häufigen informeller Kommunikation in Kooperationsprojekten umgesetzt, beispielsweise in den Projekten der Plattform „machen wir uns stark“. Eines dieser Projekte soll im Folgenden etwas näher beschrieben werden.

Arbeitsfeld Asyl

Menschen deren Rechte in Österreich besonders oft verletzt werden, sind jene die in Österreich Asyl suchen. Das spiegelt sich auch im jährlichen Menschenrechtsreport von amnesty international wieder, in dem der Punkt ‚Rechte von Asylsuchenden‘ eine immer wieder kehrende zentrale Rolle im Länderbericht zu Österreich spielt. Dementsprechend zählen Organisationen aus dem Bereich der Flüchtlingsbetreuung auch zu den wichtigsten Kooperations- und Kommunikationspartnern für die Arbeit von SOS Mitmensch. Im Austausch mit diesen Organisationen werden die Auswirkungen einer Asylpolitik sichtbar, die Flüchtlinge in erster Linie als Probleme definiert. Entsprechend dieser Logik konzentriert sich die österreichische Gesetzgebung vor allem darauf, die Zahl der Asylanträge möglichst gering zu halten, unter anderem in dem Österreich möglichst unattraktiv für Asylwerbende gemacht wird. In der gesetzlichen Gestaltung der Unterbringung und Betreuung von Asylwerbenden, spielen deren Interessen und Bedürfnisse eine dementsprechend geringe Rolle.

Verordnete Arbeitslosigkeit

Aus der Perspektive der GesetzgeberInnen werden Asylsuchende bisher also vor allem als Problem wahrgenommen. Die Asylpolitik ist meist darauf beschränkt dieses Problem – oft in Massenunterkünften oder besonders entlegenen Gegenden – zu verwahren, bis durch eine Beendigung des Asylverfahrens (möglicherweise) eine Lösung gefunden wird. Während der oft jahrelang dauernden Verfahren werden Asylsuchende zum untätigen Warten verurteilt, da sie einem weitgehenden Arbeitsverbot unterworfen sind. Diese staatlich verordnete fast 100%ige Arbeitslosenquote unter Asylsuchenden bedeutet für den



Staat zusätzliche Ausgaben und ausbleibende Steuereinnahmen. Es ist unklar welche Interessen die österreichische Regierung mit diesem weitgehendem Arbeitsverbot bedient. Für die Flüchtlinge bedeutet es jedenfalls die Einzementierung der ohnehin oft vorhandenen existenzbedrohenden Armut und gesellschaftlichen Exklusion. Es bleibt ihnen dadurch nichts über als, in Abhängigkeit auf die staatliche Grundversorgung, oft in organisierten Flüchtlingsunterkünften, auf bessere Zeiten zu warten – oder ohne Genehmigung einer Arbeit nachzugehen, aber das ist hochriskant.

Die Plattform ‚machen wir uns stark‘, die vom Wiener Integrationshaus, der migrantischen Medienorganisation M-Media und SOS Mitmensch getragen wird, hat aus diesem Anlass eine Kampagne ins Leben gerufen, die den vollen Arbeitsmarktzugang für Asylsuchende, spätestens 6 Monate nach Asylantragstellung, fordert. Die Motivation für diese Kampagne ist zu einem großen Teil auf der Basis des Austausches mit FlüchtlingsbetreuerInnen gewachsen. Mit dem Integrationshaus beteiligt sich eine Organisation, die die fatalen Auswirkungen des weitgehenden Arbeitsverbotes tagtäglich in ihrer Arbeit mit Flüchtlingen erlebt.

Gegen die Retraumatisierung von Flüchtlingen

Der fehlende Arbeitsmarktzugang der Asylwerbenden macht eine sinnvolle und konstruktive Betreuung fast unmöglich. Es ist in der Regel eine unlösbare Aufgabe, mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Der fehlende Arbeitsmarktzugang nimmt eine wesentliche Möglichkeit, die Leute ins neue Lebensumfeld einzuführen. Darüber hinaus bedeutet er eine Gefährdung der psychologischen Gesundheit der Asylsuchenden, wie zum Beispiel Lydia Krob, die Leiterin der psychologischen Betreuung im Integrationshaus, zu berichten weiß: *„Erwerbstätigkeit bedeutet eine klare Tagesstruktur, stärkt den Selbstwert und ermöglicht, sein Leben ‚eigenverantwortlich‘ zu gestalten. Alles Dinge die für psychische und physische Gesundheit wichtig sind. Die erzwungene Arbeitslosigkeit während des Asylverfahrens führt zu Resignation und sozialem Rückzug sowie zu deutlichen gesundheitlichen Problemen, wie z.B.: schweren Depressionen.“*

Die Relevanz dieses Aspektes ist besonders hoch, da das verordnete Nichtstun die Retraumatisierung von traumatisierten Flüchtlingen fördert. Für eine erfolgreiche Psychotherapie von traumatisierten Flüchtlingen ist es nötig Sicherheit, Struktur, und Regelmäßigkeit in den Alltag der PatientInnen zu bringen.

Erfolge durch Kampagnen

Das alles führt nicht nur bei den Flüchtlingen zu viel Motivations- und Hoffnungslosigkeit, sondern führt auch bei den BetreuerInnen zu viel Frust. Es ist ein Thema, das in Gesprächen mit sozialen Organisationen immer wieder zur Sprache

kommt. SOS Mitmensch setzt sich deshalb gemeinsam mit inzwischen fast 160 sozialen Organisationen für die Beendigung dieser unsinnigen und unmenschlichen Arbeitsmarktbeschränkung für Asylsuchende ein. Unter machen-wir-uns-stark.at können viele weitere Informationen zu diesem Thema gefunden werden. Dort kann auch noch immer die Online-Petition zur Kampagne unterstützt werden, in die sich mittlerweile fast 9000 Menschen eingetragen haben. Und es gibt auch schon einen ersten kleinen Kampagnenerfolg: Ende Juni konnte, mit der teilweisen Öffnung der Lehre für minderjährige Asylsuchende, ein erster Zwischenerfolg erreicht werden. Das bringt für einen kleinen Teil der Betroffenen eine wichtige Verbesserung.

Neue Kooperationen

Diese Kampagne ist nur ein Beispiel für die große Rolle, die die Zusammenarbeit mit sozialen Organisationen für SOS Mitmensch spielt – und zeigt auch die Möglichkeiten auf, die solche Organisationen haben, sich an Kampagnen direkt oder indirekt (durch ihre Erfahrungen und durch das Weiterkommunizieren von Fallbeispielen) zu beteiligen. Die politische Realisierung und Forcierung kritischer Sozialarbeit wird auf diese Weise gefördert. Deshalb ist es hoffentlich nachvollziehbar, warum es Sinn macht die Arbeit von SOS Mitmensch im Rahmen des Themenfeldes kritische Sozialarbeit vorzustellen. Vielleicht ermöglicht das in Zukunft neue Kooperationen.

Bernhard Spindler

SOS Mitmensch

www.sosmitmensch.at

Mindestsicherung? – Mindestsicherung? - Mindestsicherung? – Mindestsicherung? Mindestsicherung

Einladung zur Weiterbildung

Seit 1. Januar 2011 gilt das **Tiroler Mindestsicherungsgesetz**. Das Gesetz ist seit zwei Jahren in Kraft und viele Erfahrungen in der Praxis konnten gesammelt werden.

Der Sozialpolitische Arbeitskreis Tirol (SPAK Tirol) bietet neuerlich eine Fortbildung zum Thema "bedarfsorientierte Mindestsicherung in Tirol" an. Das Seminar richtet sich an all jene, die in der sozialen Arbeit tätig sind und mit Fragen der Existenzsicherung zu tun haben.

Neben der Auffrischung des Basiswissens werden in Workshops Vertiefungen zu verschiedenen Themen angeboten.

Termin: Donnerstag, 24.1.2013
Zeit: 10.00 Uhr - 17.00 Uhr
Ort: ÖGB-Saal, Südtirolerplatz 14 - 16, 6010 Innsbruck
Anmeldung erbeten bis spätestens 11.01.13

Programm; 10.00-12.00 Allgemeiner Teil, Einführung zum Thema Mindestsicherung im Plenum
13.00-17.00 Workshops

Workshop 1: Vertiefung des Basiswissens mit Mindestsicherungsberechnung anhand von Fallbeispielen
Workshop 2: Berufungsworkshop mit Einführung in das AVG (Allgem. Verwaltungsverfahren)
Workshop 3: Mindestsicherung für Jugendliche und junge Erwachsene

Anmeldungen (Name und Einrichtung) und Bekanntgabe des gewünschten Workshops bitte per Mail an spaktirol@gmail.com senden.

Der Unkostenbeitrag inklusive Fortbildungsunterlagen beträgt € 50.- und ist vor Ort bei der Weiterbildung zu bezahlen.

Informationen zum Mindestsicherungsgesetz findet ihr auch unter www.mindestsicherungtirol.at inkl. dem Link zum Landesgesetzblatt zur Tiroler Mindestsicherung.

All jene, die im Zusammenhang mit dem Mindestsicherungsgesetz bereits auf inhaltliche Fragen gestoßen sind, bitten wir, diese Fragestellungen an den Spak Tirol zu mailen – diese Fragen fließen dann schon in die Vorbereitung ein.

auf reges Interesse freut sich
der SPAK Tirol

SozialPolitischer ArbeitsKreis Tirol
SPAK Tirol
Postfach 307
6010 Innsbruck

Kein Ende der Diskriminierung

Homosexualität von Frauen und Männern im Asylverfahren - Aus dem Erfahrungsalltag von FLUCHTpunkt

Im Rahmen unserer Beratungstätigkeit sind wir erneut auf die problematische Situation von homosexuellen Frauen und Männern im Asylverfahren aufmerksam geworden. Wir möchten die politische Dimension unserer diesbezüglichen Beratungserfahrung hier öffentlich machen. Homosexuelle Menschen auf der Flucht sind verschiedenen Diskriminierungen ausgesetzt: in ihren Herkunftsländern, auf der Flucht, bei Behördenkontakten im potentiellen Aufnahmeland, im eigentlichen Asylverfahren, und in den Systemen der Grundversorgung, etwa im Zuge einer Heimunterbringung, die als Wohnform eingeschätzt werden muss, welche ihnen in den allermeisten Fällen keinen Schutz vor erneuten homophoben Übergriffen gewährt. Anders ausgedrückt: Jene Menschen, die vor Homophobie in ihrem Herkunftsland geflohen sind, sind hier in Österreich erneut mit dieser konfrontiert.

Verständnis von Homosexualität im Asylverfahren

Das Asylverfahren seinerseits unterscheidet nicht, respektive nicht im Sinne der Betroffenen zwischen offizieller Verfolgung von Homosexualität und dem Nicht-Schutz von Homosexualität im Herkunftsland. Für die Asylbehörden gilt Homosexualität als anzuerkennender Fluchtgrund meist nur dann, wenn im Herkunftsland des Asylwerbers/der Asylwerberin Homosexualität als Straftatbestand verankert ist. Nachweislicher Nicht-Schutz von Lesben und Schwulen seitens des Staates und seiner Organe, etwa bei homophoben Übergriffen findet hingegen selten Berücksichtigung. So gibt es etwa in der russischen Fö-

deration zwar keine direkte strafrechtliche Verfolgung von Homosexualität, aber es ist uns bekannt, dass lesben- und schwulenfeindlich motivierte Straftaten entweder von den Behörden selbst begangen oder von diesen jedenfalls nicht verfolgt und geahndet werden.

Eine weitere Diskriminierung sehen wir in der ungerechtfertigt ungleichen Behandlung von Homosexuellen, was die Beweislast im Verfahren betrifft. Die Asylsuchenden haben neben dem Nachweis der Verfolgung (dieser gilt für alle) auch noch unter Beweis zu stellen, dass sie tatsächlich homosexuell sind und dieses ihr homosexuelles Begehren alternativlos, d.h. nicht ablegbar ist. Für diesen Nachweis wird üblicherweise ein psychologisches oder psychiatrisches Gutachten verlangt. Es ist offensichtlich, dass durch eine derartige Befundung eine Naturalisierung und Pathologisierung von Homosexualität riskiert oder zumindest in Kauf genommen wird. Wir meinen jedoch, dass es in diesem Zusammenhang egal sein muss, ob ein Mensch homosexuell ist oder nicht, für das Asylverfahren hat einzig der Nachweis der Verfolgung von Homosexualität im Herkunftsland ausschlaggebend zu sein.

Homophobie - davor geflüchtet und doch wieder vorgefunden

Für lesbische und schwule Flüchtlinge endet die Fluchtgeschichte demnach vielfach nicht im Aufnahmeland. Objektivierbare Diskriminierungshandlungen setzten sich auf sämtlichen Ebenen, die eine/ein AsylwerberIn im Laufe ihres/seines Verfahrens durchläuft, fort: Sei es bei den verfahrensrelevanten Prozeduren wie den Einvernah-

men bei der Fremdenpolizei oder den Interviews am Bundesasylamt. Mit Homophobie konfrontiert werden sie aber auch in Flüchtlingsheimen – durch MitbewohnerInnen oder auch BetreuerInnen. Dies alles ist auch eine häufige Ursache dafür, dass Flucht vor homophober Gewalt von Flüchtlingen nicht als Fluchtgrund geltend gemacht wird, weil sie fürchten, abermals Diskriminierungen ausgesetzt zu sein.

Wir fordern diesbezüglich eine breite Sensibilisierung zum Themenkomplex Homosexualität und

Homophobie in allen Einrichtungen, mit denen Flüchtlinge im Laufe ihres Asylverfahrens in Kontakt treten. Z. B. durch Schulungen für sämtliche Beamtinnen und Beamten - inklusive deren DolmetscherInnen - der Fremdenpolizei, des Bundesasylamts und des Asylgerichtshofs. Wie uns die Erfahrung lehrte, ist eine derartige Sensibilisierung auch in Flüchtlingsberatungs- bzw. Betreuungseinrichtungen nötig.

FLUCHTpunkt - Hilfe, Beratung, Intervention für Flüchtlinge

Die Beratungsstelle FLUCHTpunkt entstand als Projekt des Vereins arge-Schubhaft, nachdem dieser im Jahre 2005 nach 10 Jahren die psychosoziale Betreuung von Schubhäftlingen unter den vom Innenministerium vorgegebenen Bedingungen nicht mehr übernehmen konnte und wollte.

Seitdem wendet sich FLUCHTpunkt an Flüchtlinge - Frauen, Männer und Jugendliche - die im gegenwärtigen Betreuungs-, Beratungs- und Versicherungssystem nicht, prekär oder unzureichend ‚versorgt‘ sind. FLUCHTpunkt berät Menschen in erster Linie notlagenorientiert und nicht statusorientiert. Daraus ergibt sich einerseits eine Vielfalt an Problemstellungen, die von fremdenrechtlichen Fragen über mangelnde medizinische Versorgung bis zu psychologischer Beratung, reichen. Zudem richtet sich Fluchtpunkt als einzige Beratungseinrichtung in Tirol dezidiert an illegalisiert lebende Menschen. Die angebotenen Dienste sind kostenlos und anonym.

Mit Ausnahme der Beratung und Koordination erfolgt die Arbeit im Projekt ehrenamtlich. Dies ist keine freiwillige Entscheidung, sondern entspricht der derzeitigen politischen Lage. Für die Bezahlung der MitarbeiterInnen (eine geringfügige und eine Teilzeit-Anstellung), des Büros und der Büromittel, der Hilfsgüter und fallweise der Dolmetschstunden verwendet der Verein derzeit beinahe ausschließlich Spendengelder, vor allem aus dem Erlös von Solidaritätsaktien. Das heißt auch, dass ein dauerhafter Bestand der Beratungseinrichtung einzig auf der ‚Selbstbesteuerung‘ von SolidaritätsaktionärInnen beruht, die mit einer monatlichen Abgabe in selbst gewählter Höhe das Projekt unterstützen.

Formulare für die Solidaritätsaktie können auf der FLUCHTpunkt-Webseite heruntergeladen werden.

Nähere Informationen unter: www.fluchtpunkt.org

Öffnungszeiten

Mo. & Do. von 10.00h bis 12.00h offene Beratung

Nachmittags nach Terminvereinbarung

A-6020 INNSBRUCK, Jahnstrasse 17

Bankverbindung: Tiroler Sparkasse

BLZ: 20503, KtNr.: 03301-122382

Fanarbeit Innsbruck – Sozialarbeit mit Fußballfans

Armin Weber

Am 1. Dezember 2011 startete in Innsbruck ein in Österreich einzigartiges Projekt: Fanarbeit Innsbruck – Sozialarbeit mit Fußballfans.

Die Idee der Sozialarbeit mit Fußballfans ist nicht neu, zumindest nicht außerhalb von Österreich. In Deutschland existiert die sozialpädagogische Arbeit mit Fußballfans bereits seit über 20 Jahren. Waren es dort anfänglich Streetworker, die auf Grund von Überschneidungen der Hooliganszene mit der rechten Skin-Head-Szene vermehrt in den Fußballstadien anzutreffen waren, entwickelte sich daraus bald der Ansatz der sogenannten „Fan-Projekte“. Die Anzahl der Fan-Projekte stieg in den 1990er Jahren rasant und wurden zu einem festen und rechtlich verankerten Bestandteil der Jugendarbeit.



Fankultur(en)

Der Grund für die mittlerweile über 47 Fan-Projekte in Deutschland ist die Entwicklung der Fankulturen in den letzten 20 Jahren. Vor allem die sogenannte Ultra-Fankultur, welche ihre Wurzeln im Italien der 1960er Jahre hat, entwickelte sich zu einer der beliebtesten jugendlichen Subkulturen in Europa. Diese Gruppen von zumeist männlichen Jugendlichen und jungen Erwachse-

nen zeichnet die totale Hingabe für den entsprechenden Fußballverein aus. Zuweilen wird diese Hingabe sehr extrem ausgelebt, was unter Umständen auch zu gewalttätigen Handlungen gegen andere Gruppen führt. Dieser Umstand legitimierte letztlich auch den Einsatz von SozialarbeiterInnen in deutschen Stadien.

Auch in Innsbruck existiert die Ultra-Fankultur bereits seit 20 Jahren. Die Innsbrucker Fanszene war von Anfang an geprägt von vielfältigen Interessen und Aktivitäten, welche durch ehrenamtlich geleistete Arbeit verwirklicht wurden. Vor allem Projekte gegen Rassismus und Diskriminierung im Fußball wurden von den Fans vorangetrieben. Aus diesem Engagement entstand 1999 die Faninitiative Innsbruck – Verein zur Förderung der Fußball-Fan-Kultur. In den darauf folgenden Jahren wurden viele europaweite Netzwerke im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung im Fußball geschaffen, immer unter Beteiligung der Innsbrucker Fans. Aber auch die zunehmende Einschränkung von Fußballfans durch ordnungspolitische Maßnahmen wurde zum Thema der Faninitiative.

Fanarbeit in Innsbruck

Durch die internationalen Kontakte und die damit gewonnenen Erfahrungen sowie der stetig ansteigende Zahl an Fans und Fanclubs in Innsbruck arbeitete die Faninitiative seit einigen Jahren daran, ein Fan-Projekt in Innsbruck zu verwirklichen. Dank der guten Kooperation mit dem FC Wacker Innsbruck konnte im Dezember 2011 im Rahmen der Ausstellung „Tatort Stadion“ in der Bäckerei –

Kulturbackstube in Innsbruck das Projekt Fanarbeit – Sozialarbeit mit Fußballfans vorgestellt werden.



Die Einzigartigkeit dieses Projektes liegt in der Tatsache, dass es durch das Engagement der Fans entstanden ist und somit der oft beschworene „Bottom-Up-Ansatz“ tatsächlich angewandt wurde. Dies erkennt man auch in der Projektbeschreibung, welche wie folgt lautet:

„Fanarbeit Innsbruck ist eine unabhängige Begleitung und Unterstützung für Fans des FC Wacker Innsbruck durch SozialarbeiterInnen.

Fanarbeit setzt sich zum Ziel, durch interventive und präventive Angebote für Fußballfans und deren relevantes Umfeld, die Innsbrucker Fanszene in ihren Anliegen zu unterstützen sowie möglichen Problemsituationen entgegenzuwirken. Sozialarbeit mit Fußballfans bildet durch den Ansatz, an Stelle von behördlichen Mitteln Kommunikation und sozial konstruktive Maßnahmen zu setzen, eine neue Perspektive für Fans und alle Akteure im Partizipationsfeld Zuschauerfußball.

Die Tätigkeitsbereiche der FanarbeiterInnen umfassen unterstützende und beratende Angebote, die Förderung von Meinungsaustausch und Reflexion, Öffentlichkeitsarbeit und Vermittlungstätigkeiten.“

Die vier Grundsäulen der Sozialarbeit mit Fußballfans

Aus dieser Definition der Fanarbeit Innsbruck ergeben sich folgende Grundsäulen in der Sozialen Arbeit mit Fußballfans:

Lebensweltlich – (jugend)subkulturelle Orientierung

Die Fanarbeit orientiert sich an der Lebenswelt der Fans. Die Verhaltensweisen der jungen Menschen werden als sinnvolle Elemente ihrer Lebenswelt gesehen. Die spezifische Gruppen- und Freizeitkultur der Fans wird von Fanarbeit zum einen als jugendliche Zwischenwelt mit ihrer eigentümlichen jugendgemäßen Gestaltungsweise, zum anderen auch als Teil des allgemeinen Gesellschaftslebens gesehen. Da sozialarbeiterische und –pädagogische Fanarbeit einen aufsuchenden Charakter beinhaltet, setzt die Arbeit am zeitlichen Rhythmus und den räumlichen Gewohnheiten der jugendlichen Lebenswelt an. Die Förderung bzw. Nutzung der lebensweltlichen Ressourcen der Jugendlichen ist dabei eine zentrale Aufgabe der Fanarbeit. Dieser sozialarbeiterische Umgang mit der Jugendkultur soll die Stärkung der Gruppe als sozial-emotionales Gefüge als auch den einzelnen Jugendlichen gegenüber der Gruppe stärken und eine stabilisierende Wirkung haben.

Das lebensweltliche Verständnis der Fanarbeit geht davon aus, dass Veränderungen nur von Innen, also von den bestehenden Gruppenstrukturen und den damit verbundenen Motiven heraus, stattfinden können. Jeglicher äußerer (administrative) Versuch, Jugendkulturen einer Veränderung zu unterziehen oder diese auszugrenzen, können unvorhersehbare und nicht erwünschte Folgen nach sich ziehen.

Orientierung am gesamten Partizipationsfeld Zuschauerfußball

Auf Grund der Tatsache, dass sich die Lebenswelt der jugendlichen Fußballfans hauptsächlich auf die Fußballkultur konzentriert und sich deshalb eine automatische Beziehung zu den im Fußball involvierten Institutionen (Fußballorganisationen, Medien, staatliche Kontrollorgane) ergibt, muss die Fanarbeit ihre sozialarbeiterischen Aufgaben generationenübergreifend wahrnehmen. Durch die Bezugnahme auf das gesamte Partizipationsfeld Zuschauerfußball soll die Fanarbeit einer „Generationenabsonderung“ entgegenwirken.

Sozialarbeit mit Fußballfans bewegt sich an der Schnittstelle von Jugendkultur, Sport, Unterhaltungsbranche und Polizei. Sie entspricht damit dem Auftrag der Integration, der Vermittlung und der Einmischung.

Prozessorientierung

Die stetige (Prozess)Begleitung durch die Fanarbeit ermöglicht den MitarbeiterInnen eine „mehrperspektivische Problemsicht“, in der sie die vorhandenen Interaktionsprozesse zwischen den Beteiligten sowie die einzelnen sozialen Ebenen (einzelne Personen, Milieus, Gruppen, Lebenslagen und Gesellschaftsstrukturen) mit einbeziehen. Somit kann Sozialarbeit mit Fußballfans die jugendkulturellen Aggressionsäußerungen realistisch als ein sinnhaftes, in den Ursachen kompliziertes, im Wert teilweise uneindeutiges, in den Aussichten auf Veränderung Ungewisses, bezüglich der archaischen Lust sowohl abstoßendes wie anziehendes Phänomen kenntlich machen. Fanarbeit spricht das sogenannte „Dilemma der Modernisierungsprozesse“ an. Sie stellt damit eine Verbindung zwischen gesellschaftlichen Veränderungen (Ausbreitung und Perfektionie-

rung der industriellen und marktökonomischen Ordnung) und den oftmals irritierenden jugendkulturellen Erscheinungen wie Vandalismus, Gewaltneigung, Alkoholismus und Kriminalität her. Damit bezieht Sozialarbeit mit Fußballfans die Gesellschaft in ihre Arbeit mit ein und fordert von den Institutionen Verantwortungsübernahme im Zusammenhang mit den Schattenseiten, der von ihnen vorangetriebenen Erfolgsgesellschaft.

Diskursorientierung

Die Diskursorientierung ist im Zusammenhang mit der langfristigen Prozessorientierung unverzichtbar. Sozialarbeit mit Fußballfans soll Diskurse anregen. Der Austausch von Gefühlen, Werthaltungen, Phantasien und Ähnlichem bietet die Möglichkeit, Erfolge in der Wahrnehmung und Bewertung bedenklicher sozialer Phänomene zu erzielen.

Diskurse öffnen umfassendere menschliche Beurteilungen und Handlungen, in denen Bedürfnisse, Ängste, Hoffnungen und Konflikte frei werden, die zum Teil im Gewaltzusammenhang eingeschlossen sind. [...] Mit ihrer argumentativen Strenge bietet die Diskursorientierung eine notwendige Ergänzung und ein Korrektiv zu der verstehenden Haltung der lebensweltlich-jugendkulturellen Orientierung.

Zwischen diesen Orientierungen der Fanarbeit sind Gegensätze, vor allem zwischen der lebensweltlich – subkulturellen Orientierung und der Diskursorientierung, auszumachen.

Während erstere einen annähernden – verstehenden Ansatz verfolgt, ist die Diskursorientierung genau das Gegenstück dazu. Sie bietet eine Plattform der Konfrontation unterschiedlicher Ansichten. Beide Ansätze sind essentielle Arbeitsweisen in der sozialarbeiterischen Fanarbeit.

Aussichten im ersten Projektjahr

Um den zugegebenermaßen hohen fachlichen Ansprüchen zu genügen, ist es dringend notwendig, sobald wie möglich eine zweite Stelle zu schaffen. Wie in jedem sozialarbeiterischen Projekt ist die Anfangsphase vom Kampf um Ressourcen geprägt. Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Arbeit im ersten Jahr ist, neben der kontinuierlichen Begleitung und Beratung der Fans, vor allem die regionale Vernetzung mit anderen sozialen Einrichtungen, den Fan-Projekten in Deutschland sowie der Österreichischen Bundesliga.

Nur wenn in den nächsten zwei bis drei Jahren auch andere Vereine und Städte Fanarbeit als sinnvolle Ergänzung im gesellschaftlichen Umgang mit Fußballfans erkennen und entsprechende Schritte setzen, kann dieses Handlungsfeld der Sozialarbeit in Österreich auch tatsächlich implementiert werden.

Mag. (FH) Armin Weber

Sozialarbeiter

Mobil: +43 (0) 676 / 88 676 4093

E-Mail: armin.weber@fanarbeit.at

Homepage: <http://www.fanarbeit.at>

fanarbeit
innsbruck

20 JAHRE
SOS MITMENSCH

INFO: www.sosmitmensch.at

MATINEE
IM VOLKSTHEATER

MIT BEITRÄGEN VON:
ROUNDER GIRLS
JOSEF HASLINGER
THOMAS MAURER
CORNELIUS OBONYA
DORON RABINOVICI
FLORIAN SCHEUBA
RICHARD SCHUBERTH
KATHARINA STEMBERGER

UTE BOCK-PREISVERLEIHUNG

SO 20.01.2013
11.00 UHR

SOS
MITMENSCH

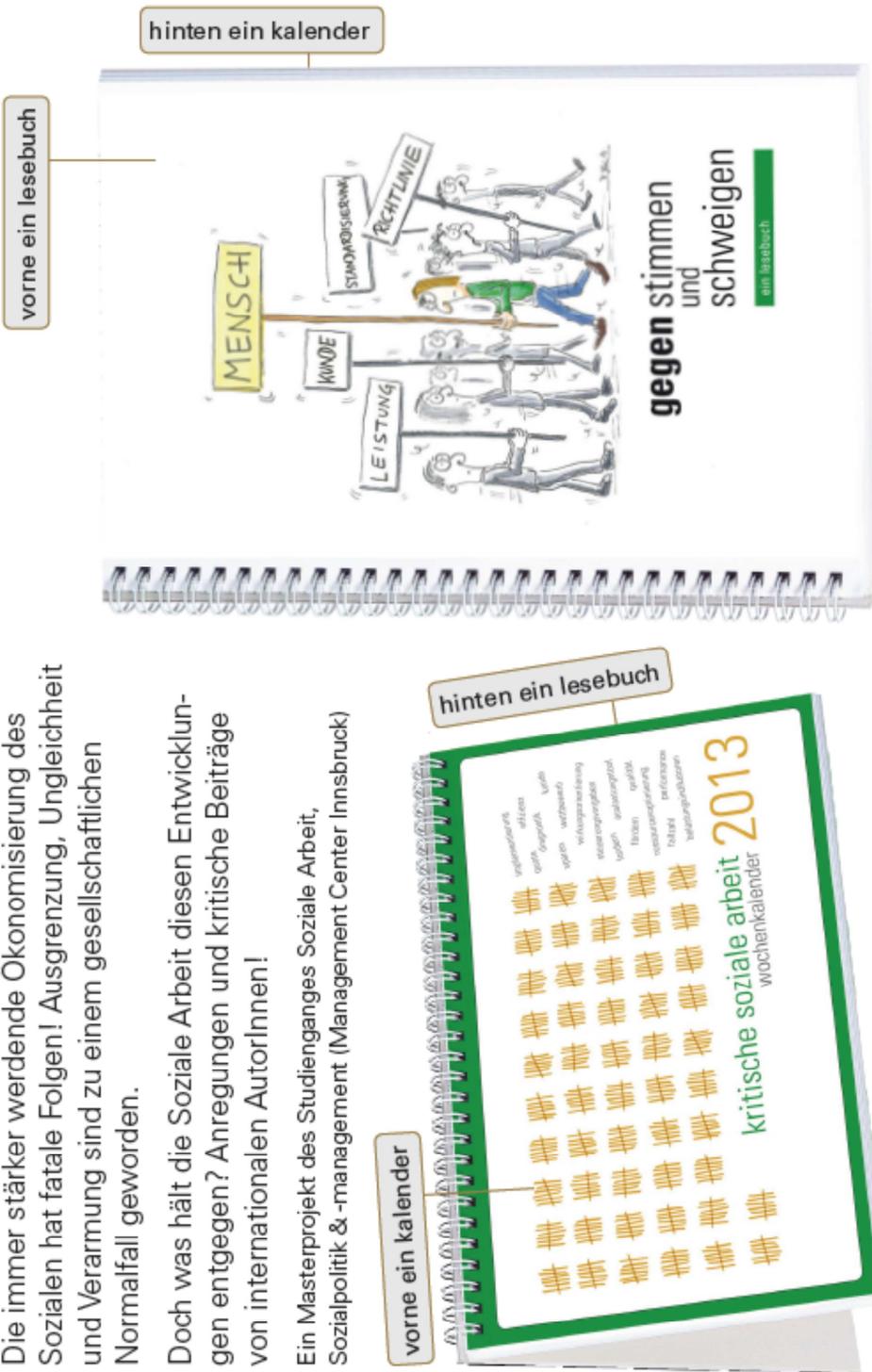
ANGST BLENDET. ZIVILCOURAGE MACHT STARK.

Kritischer Kalender / Lesebuch Soziale Arbeit 2013

Die immer stärker werdende Ökonomisierung des Sozialen hat fatale Folgen! Ausgrenzung, Ungleichheit und Verarmung sind zu einem gesellschaftlichen Normalfall geworden.

Doch was hält die Soziale Arbeit diesen Entwicklungen entgegen? Anregungen und kritische Beiträge von internationalen AutorInnen!

Ein Masterprojekt des Studienganges Soziale Arbeit, Sozialpolitik & -management (Management Center Innsbruck)



Ab jetzt per Mail zu bestellen: **kritischer - kalender@gmx.at**, Kosten: 5 (fünf!) Euro exkl. Versand